

# Handelsnation Schweiz: Heimat der Agrargiganten

**Public Eye**

Agrarhandelsexperte Tomaso Ferrando im Interview s.12  
Zum Nutzen weniger: Umstrittene Medikamententests s.18  
Pestizide: Riesenwirbel in Brasilien nach unserer Recherche s.27



Alice Kohli

### Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

**Sie sind bereits Mitglied?** Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

**Sie sind noch nicht Mitglied?** Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf [www.publiceye.ch/mitglieder](http://www.publiceye.ch/mitglieder)

**Public Eye**

## An den Schalthebeln der globalen Landwirtschaft

Die meisten der global wichtigen Agrarrohstoffhändler haben eine Handelsniederlassung in der Schweiz. Warum, liegt auf der Hand: Die Schweiz begnügt sich mit tiefen Steuern, bietet eine gute Infrastruktur, hat zahlreiche Banken – und sie schaut nicht so genau hin, was die Firmen im Ausland tun.

Viele der von hier aus operierenden Agrarrohstoffgiganten besitzen Land, verarbeiten ihre Rohstoffe selbst, haben eigene Hafenterminals und Schiffsflotten. Indem sie fast die ganze Wertschöpfungskette kontrollieren, verfügen sie über eine unheimliche Macht. Die Bäuerinnen und landwirtschaftlichen Arbeiter in den produzierenden Ländern haben dieser kaum etwas entgegenzusetzen. Beim Anbau von Agrarrohstoffen für den globalen Markt kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, wie unsere Titelseite zeigt. Und die Politik scheint bisher nicht sonderlich interessiert daran, korrigierend einzugreifen.

Die Schweiz profitiert von ihren Agrarhändlern. Genauso wie von der Pharmabranche. Novartis und Roche machen ihre Milliardenumsätze unter anderem mit unfassbar teuren Krebsmedikamenten. Vor ihrer Marktzulassung testen sie diese auch in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen, um Geld zu sparen. Wenn die Medikamente auf dem Markt sind, halten sie es aber nicht für nötig, die Preise an die wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder anzupassen, wie wir im zweiten Schwerpunkt dieses Magazins zeigen. Die Pharmafirmen wären ethisch dazu verpflichtet, ihre Medikamente in ehemaligen Testländern zugänglich zu machen.

Schweizer Banken wiederum sind gesetzlich dazu verpflichtet, vor einer Kreditvergabe Massnahmen zu treffen, um Straftaten wie Bestechung oder Geldwäscherei zu verhindern. Wie konnte es dennoch dazu kommen, dass Milliardenkredite eines Tochterunternehmens der Credit Suisse in Mosambik veruntreut wurden? In dem bitterarmen Land sind deswegen die Staatsschulden explodiert. Weil die Schweizer Bundesanwaltschaft diesem Fall nicht von sich aus nachgeht, hat Public Eye eine Strafanzeige gegen die Credit Suisse eingereicht.

Ob im Agrarhandel, bei Pharmafirmen oder Banken: Dieses Magazin zeigt exemplarisch, wie notwendig die Schaffung verbindlicher Regeln ist, damit Schweizer Firmen Menschenrechte und Umweltstandards respektieren – hier und überall auf der Welt.

Alice Kohli

PUBLIC EYE – MAGAZIN Nr. 18 Juni 2019

VERANTWORTLICH  
Timo Kollbrunner –  
Redaktion (D) & Produktion

Raphaël de Riedmatten –  
Produktion & Redaktion (F)

LAYOUT  
opak.cc

TITELBILD  
Paulo Fridman / Corbis / Getty

DRUCK  
Vogt-Schild Druck AG  
Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE  
D: 24 000 Ex. / F: 9000 Ex.

KONTAKT  
Public Eye,  
Dienersstrasse 12,  
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0) 44 2 777 999  
[kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch)

ISSN 2504-1266

POSTKONTO  
80-8885-4

Das Public Eye Magazin  
erscheint sechs Mal pro Jahr.



## Die Schweiz als Agrarhandelsplatz

Eine Recherche von Public Eye zeigt erstmals auf, welche Bedeutung die Schweiz als Handelsplatz für Agrarrohstoffe hat – und welche Probleme die immer grösser werdende Macht von wenigen Konzernen verursacht. ▶ S. 4

Experte Tomaso Ferrando im Interview. ▶ S. 12

## Strafanzeige gegen Credit Suisse

In grossem Stil veruntreute Kredite einer Tochterfirma der Credit Suisse brachten Mosambik in arge Finanznöte. Was wusste das Mutterhaus? Public Eye verlangt, dass die Bundesanwaltschaft dieser Frage nachgeht. ▶ S. 16

## Medikamentenzugang – eine Lotterie

Unsere Studie zeigt: Längst nicht alle, die an klinischen Versuchen von Roche oder Novartis teilnehmen, profitieren davon. ▶ S. 18

Die Kampagne zu kranken Medikamentenpreisen hat eine breite Debatte ausgelöst. Doch die offizielle Schweiz zeigt sich apathisch. ▶ S. 22

## Pestizide: Empörung in halb Brasilien

Im April machten Public Eye und Reporter Brasil publik, dass sich im brasilianischen Trinkwasser ein Cocktail von bis zu 21 Pestiziden findet. Die Reaktionen waren heftig. ▶ S. 27

Klare Worte vom UNO-Sonderberichterstatter an der GV von Public Eye. ▶ S. 30

### Zudem in diesem Heft

#### Rückschritt in Bangladesch

Textilindustrie: Gewalt gegen Protestierende, Gebäudesicherheit auf der Kippe. ▶ S. 25

#### Fortschritt in Benin

«Dirty Diesel»: Der westafrikanische Staat senkt seinen Grenzwert drastisch. ▶ S. 26



*Ivorische Arbeiter leeren am Hafen Abidjans Kakao aus Säcken in einen Container. Der Abnehmer: Cargill, eines der grössten Rohstoffhandelsunternehmen der Welt, das seine Handelsabteilung 1956 in Genf angesiedelt hat.*



# Handelsdrehscheibe Schweiz – Unser Beitrag an eine ungerechtere Welt

Die Schweiz beherbergt nicht nur die weltweit grössten Händler von Öl, Kohle, Erzen und Metallen, sie ist auch ein bedeutender Handelsplatz für Agrarrohstoffe wie Kaffee, Kakao, Zucker oder Getreide. Die Geschäfte laufen praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Public Eye hat die Branche über Monate analysiert und kann aufzeigen, wie die Handelsfirmen zu riesigen Agrarkonglomeraten geworden sind – und welche bitteren Auswirkungen das auf Menschen und Umwelt in den Anbauländern hat. Denn Menschenrechtsverletzungen sind im Anbau von Agrarrohstoffen omnipräsent: vom Fehlen existenzsichernder Einkommen und Löhne über Kinderarbeit bis zu Vergiftungen durch Pestizide. Auch das Risiko für zweifelhafte Steuerdeals und Korruption sind im Agrarhandel hoch. Die Schweiz setzt zur Lösung der in diesem intransparenten Sektor verursachten Probleme nach wie vor auf das freiwillige Engagement der Konzerne. Dabei sind verbindliche Massnahmen längst überfällig.

TEXT: ALICE KOHLI

MITARBEIT: THOMAS BRAUNSCHWEIG UND SILVIE LANG



Die Schweiz hat sich zu einer der global wichtigsten Handelsdrehscheiben für Agrarrohstoffe entwickelt – und kaum jemand hat es gemerkt. Oder wussten Sie, dass rund 50 Prozent des weltweiten Getreidehandels und mindestens 40 Prozent des globalen Zuckerhandels über die Schweiz laufen? Dass mindestens jede dritte aller Kakao- und Kaffeebohnen auf dem Weltmarkt von hier aus gehandelt wird? Oder dass mindestens ein Viertel des globalen Handels mit Baumwolle über die Schweiz abgewickelt wird?

Und das sind nur die konservativen Schätzungen von Public Eye auf Grundlage einer Analyse von 16 der weltweit wichtigsten Agrarhändler und deren Aktivitäten in der Schweiz, die wir Anfang Monat veröffentlicht haben. Die Handelsanteile, die der Branchenverband STSA (Swiss Trading and Shipping Association) angibt, liegen sogar noch höher. In den letzten Jahrzehnten haben viele der weltweit führenden Firmen in diesem Sektor ihren Hauptsitz oder wichtige Handelsabteilungen am Genfersee oder in der Zentralschweiz eröffnet. So haben heute praktisch alle grossen Agrarrohstoffhändler einen Sitz in der Schweiz. Angelockt wurden die Multis von einer attraktiven Steuerpolitik, einem diskreten und geschäftsfreundlichen Umfeld – und fehlender Regulierung in Bezug auf die menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer Geschäfte im Ausland.

### **Kaum bekannte Riesen**

2011 hat Public Eye das erste Buch über die unbekannt und verschwiegene Branche des Rohstoffhandels in der Schweiz veröffentlicht. Seither konnten wir mit unseren Recherchen und Analysen immer wieder aufzeigen, wie Schweizer Händler von Öl, Kohle, Erzen und Metallen zu Korruption, Veruntreuung und Menschenrechtsverletzungen beitragen. Konzerne wie Glencore, Vitol und Trafigura – die drei umsatzstärksten aller Schweizer Firmen – sind mittlerweile vielen ein Begriff.

Das gilt weniger für Cargill (die Nummer vier der umsatzstärksten Schweizer Firmen), COFCO oder Bunge – dem Namen nach könnten diese Unternehmen auch mit Autoersatzteilen handeln. Doch auch wenn ein Maisfeld für gewöhnlich weit weniger bedrohlich aussieht als eine Kupfermine: Die Aktivitäten der Agrarrohstoffhändler sind keineswegs per se weniger problematisch als jene von Öl- oder Metallhändlern.

Etwas, das sofort auffällt, wenn man sich mit der in der Öffentlichkeit noch sehr wenig bekannten Branche des Agrarrohstoffhandels auseinandersetzt: Sie ist überaus stark konzentriert. Durch Firmenzusammenschlüsse, Kooperationsabkommen und Übernahmen werden die wenigen Unternehmen immer mächtiger: Für Bunge etwa, eine amerikanische Firma mit Handelsabteilung in Genf, lassen sich dreissig Geschäftszusammenschlüsse und -übernahmen (Mergers & Acquisitions, M & A) dokumentieren – und das in nur sechs Jahren, von 2013 bis 2018. Bunge ist nicht die einzige Agrarrohstoffhändlerin, die auf Expansions-

kurs ist. Dieser Trend lässt sich bei vielen Unternehmen feststellen. Im Getreidehandel teilten sich bis vor Kurzem die vier grössten Konzerne gegen 90 Prozent des Markts auf, im Teehandel zeichnen drei Firmen für 80 Prozent, im Bananenhandel vier Firmen für knapp die Hälfte der globalen Handelstätigkeit verantwortlich. Doch die M&A's beschränken sich nicht auf den Handel allein.

In den meisten Fällen geht es um eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit entlang aller Stufen der Wertschöpfungskette von Agrargütern, etwa in den Anbau, aber auch in die Verarbeitung von Agrarrohstoffen und die Herstellung von Lebensmitteln (siehe dazu auch unser Experteninterview ab Seite 12). Archer Daniels Midland (ADM) beispielsweise, ein amerikanisches Unternehmen mit globaler Handelsabteilung in Rolle im Kanton Waadt, besitzt rund zehn Hochseeschiffe, 1800 Lastkähne, 100 Boote, 12 000 Eisenbahnwaggons, 360 Lastwagen und 1200 Anhänger.

### **Die düstere Seite**

Wer die Geschäftsberichte der Unternehmen studiert, könnte meinen, dass alles rund läuft. Die Firmen zeigen seitenweise Bilder von lachenden Bauern und zufriedenen Erntehelferinnen. Doch die Konzentrationsprozesse im Agrarsektor haben weitreichende Folgen für die

---

**Je mächtiger die Firmen werden, desto grösser wird ihre Verhandlungsmacht. Entsprechend können sie vorgeben, was unter welchen Bedingungen angebaut wird – und vor allem, was sie dafür bezahlen.**

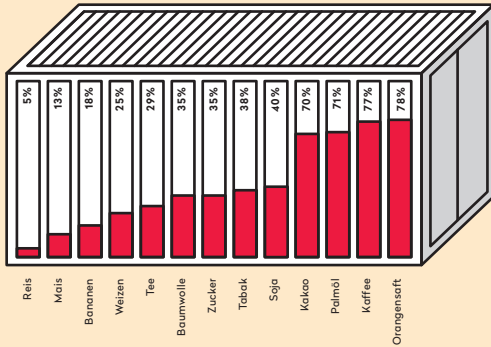
---

Menschen, die in der Herstellung der Exportgüter tätig sind; seien es die Pflückerinnen auf Kakaoplantagen, die Arbeiter auf Maisfeldern oder die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit. Denn je mächtiger die Firmen werden, desto grösser wird ihre Verhandlungsmacht. Entsprechend können sie vorgeben, was unter welchen Bedingungen angebaut wird – und vor allem, was sie dafür bezahlen.

Unsere Recherche förderte die düstere Seite des globalen Handels mit Agrarrohstoffen zutage. Was die bunten Prospekte nämlich verschleiern: Die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft sind vielerorts ausbeuterisch – insbesondere im Anbau arbeitsintensiver Exportgüter wie Kakao, Kaffee, Baumwolle, Bananen oder Orangen. Gejätet, gesprüht, geschnitten und geerntet wird meist von Hand – und das für einen Lohn, der nicht zum Leben reicht. Im Hinblick auf die Firmen, die Agrarrohstoffe über die Schweiz handeln, haben wir Berichte von NGOs und Medien ausgewertet. Die Anzahl Fälle, auf die wir gestossen sind, ist so hoch, wie die Probleme vielfältig sind. In diesem Magazin reicht der Platz nur für eine kleine Auswahl.

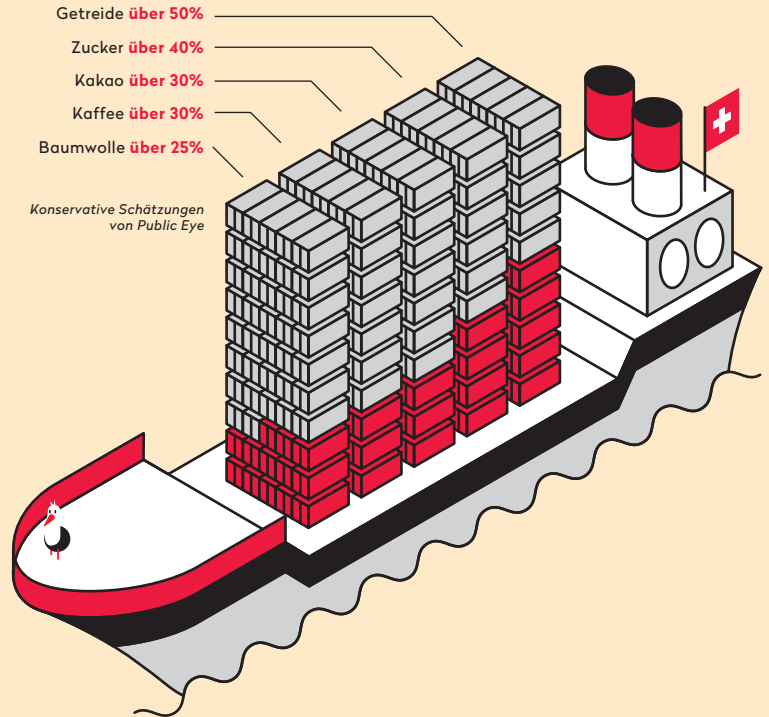
# Die Schweiz und der globale Agrarrohstoffhandel

## Der gehandelte Anteil einzelner Agrarrohstoffe an der Gesamtproduktion

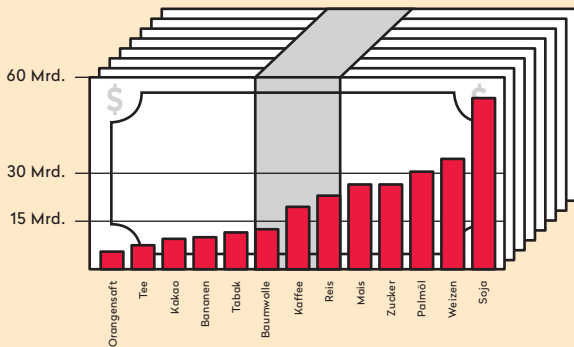


Lesebeispiel: Während über drei Viertel des global angebauten Kaffees in den internationalen Handel kommt, ist es beim Reis gerade mal ein Zwanzigstel.

## Der Marktanteil der Schweiz am globalen Handel mit...

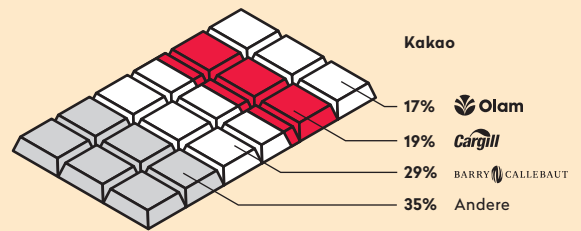


## Der Exportwert der wichtigsten Agrarrohstoffe

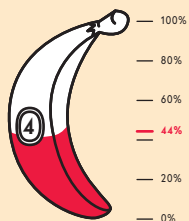


Durchschnittswert 2015 bis 2017 in US-Dollar

## Die Marktkonzentration bei der Verarbeitung von Kakao und Orangensaft

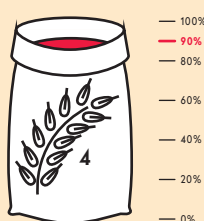


## Die Marktkonzentration beim Handel von Agrarrohstoffen



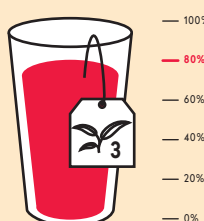
### Bananen

4 Firmen kontrollierten 2014 44% des Handels.



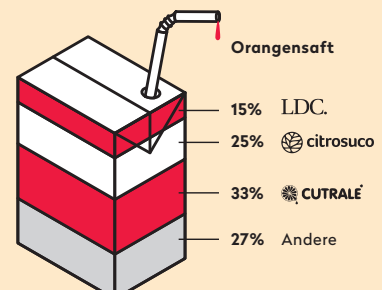
### Getreide

4 Firmen kontrollierten 2012 90% des Handels.



### Tee

3 Firmen kontrollierten 2017 80% des Handels.



Von den sechs Konzernen, die die Verarbeitung von Kakao und Orangensaft grösstenteils unter sich aufteilen, operieren bis auf die brasilianische Citrosuco alle aus der Schweiz.

### Quelle

Sämtliche hier dargestellten Zahlen finden sich im englischen Fachbericht «Agricultural Commodity Traders in Switzerland – Benefitting from Misery?»





Indonesischer Arbeiter bei der Ernte von Ölpalmfrüchten auf der malaiischen Insel Borneo.



### HUNGERLÖHNE

2016 untersuchte die investigative NGO Repórter Brasil, mit der Public Eye kürzlich auch zum Thema Pestizide kooperiert hat, die Arbeitsbedingungen auf Kaffeeplantagen in Brasilien. Was sie vorfand, war skandalös: Die Plantagenbesitzer zogen den Arbeitern und Arbeiterinnen Vorschüsse von den Gehältern ab, die sie nie ausbezahlt hatten. Zudem führten Abwesenheiten zu Gehaltsreduktionen – auch für Tage, an denen die Ernte witterungsbedingt unmöglich war. Manche der Angestellten auf den untersuchten Farmen kamen wegen dieser Praktiken auf nicht einmal die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns – von einem existenzsichernden Lohn ganz zu schweigen. Was das mit unseren Schweizer Firmen zu tun hat? Der Kaffee aus diesen Farmen wurde auch einer Tochtergesellschaft von ECOM Agroindustrial verkauft, einem der wichtigsten Kaffeehändler mit Hauptsitz in Pully im Kanton Waadt.

Das Fehlen von existenzsichernden Einkommen und Löhnen ist eines der grundlegendsten Probleme in der globalisierten Landwirtschaft. Die Armutslöhne und -einkommen reichen nicht aus für ein würdevolles Leben der Arbeitnehmenden und ihrer Familien und führen vielerorts zu Verletzungen grundlegender Menschenrechte. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Bauern und Bäuerinnen aufgrund der viel zu tiefen Einkommen Abstriche bei der Arbeitssicherheit machen müssen oder sich gezwungen sehen, für die Arbeit Kinder oder Menschen ohne Arbeitserlaubnis zu Tieflohnen einzusetzen.



### KRANK MACHENDE ARBEIT

Die Arbeit in der Landwirtschaft ist oft gesundheitsschädigend. Abgesehen vom körperlichen Verschleiss wegen der schweren Plackerei auf Plantagen und Feldern gehören durch Pestizide verursachte Vergiftungen und chronische Krankheiten zu den grössten gesundheitlichen Gefahren dieser Arbeit.

Viele der hochgefährlichen Pestizide, die in Ländern wie Brasilien, Argentinien oder Indien allen voran vom Basler Multi Syngenta verkauft werden, sind in der Schweiz und in der EU schon längst verboten, wie eine im April veröffentlichte Recherche von Public Eye unter dem Titel «Highly Hazardous Profits» aufgezeigt hat.

Ein krasser Fall von gefährlichem Pestizideinsatz wurde 2017 auf Bananenplantagen in Ecuador dokumentiert. Die Pestizide – unter anderem der Syngenta-Bestseller Gramoxone mit dem in der Schweiz seit 30 Jahren verbotenen Wirkstoff Paraquat – wurden flächendeckend aus der Luft ausgebracht. Weder erging eine vorgängige Warnung an die Arbeitenden, noch wurden geeignete Schutzvorkehrungen getroffen. Das dänische Medien- und Forschungszentrum Danwatch, spezialisiert auf investigativen Journalismus, dokumentierte in seiner Recherche, dass diese Plantagen auch Chiquita belieferten. Der weltgrösste Bananenhändler ist in Etoy im Kanton Waadt beheimatet und gehört zur Hälfte dem ebenfalls in der Schweiz ansässigen Banker Joseph Safra, der mit der Bank Safra Sarasin hierzulande auch über eine Banklizenz verfügt.





Zwei Knaben mit Körben frisch geernteter Kaffeebohnen auf einer Plantage im Südosten von Honduras.

© Edgard Garrido/Reuters



---

### MODERNE SKLAVEREI

Ein gravierendes Problem in der landwirtschaftlichen Produktion ist Zwangsarbeit. Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ackern weltweit mehr als 3,5 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen in der Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft.

Die deutsche NGO Christliche Initiative Romero und die österreichische NGO Global 2000 berichteten von Arbeiterinnen und Arbeitern auf einer Orangenplantage in Brasilien, die mehrere Wochen nicht bezahlt wurden. Ihre Schulden stiegen täglich an, da ihnen gleichzeitig die Kosten für Transport, Unterkunft und Verpflegung vom Plantagenbesitzer zu extrem hohen Ansätzen in Rechnung gestellt wurden. Die Arbeitenden konnten sich deshalb die Busfahrt nach Hause nicht leisten und hatten keinerlei Möglichkeit, die Plantage zu verlassen. Der Bericht bezeichnet dies als moderne Sklaverei. Und das brasilianische Arbeitsministerium hat Sucocitrico Cutrale, den Orangensaftriesen mit Handelsniederlassung in Lausanne, der von diesen Plantagen Orangen bezog, auf die «schmutzige Liste» von Firmen gesetzt, die von Sklavenarbeit profitieren.

In den Baumwollfeldern Zentralasiens ist Zwangsarbeit ein endemisches Problem. Die Zwangsmobilisierung von Arbeitenden in Usbekistan und in Turkmenistan ist ein Überbleibsel aus der Sowjetzeit. Beide Länder werden von autoritären Regimen geführt, und Baumwollverkäufe machen einen erheblichen Teil ihrer Ex-

porterlöse aus. Die Regierungen zwingen während der Erntesaison Angestellte von staatlichen Unternehmen, auf den Baumwollfeldern zu arbeiten. Angesichts der hohen Arbeitslosenquote wagen sich viele nicht, Widerstand zu leisten, und ihr Einkommen reicht nicht, um sich von dieser Arbeit freizukaufen. Trotzdem handelt der in der Schweiz ansässige Baumwollhändler Paul Reinhart mit Baumwolle aus Turkmenistan, wo auch Kinderarbeit nach wie vor ein systemisches Problem darstellt – obwohl der turkmenische Präsident 2008 ein Verbot erlassen hat.



---

### KINDERARBEIT

Auf den Agrarsektor entfallen 71 Prozent der missbräuchlichen Kinderarbeit weltweit, dies entspricht knapp 108 Millionen Kindern. Zum Vergleich: In allen Staaten der EU zusammen leben zurzeit rund 70 Millionen Kinder zwischen 5 und 17 Jahren, der Altersspanne, welche die ILO zur Berechnung der Anzahl arbeitender Kinder verwendet. Unter Kinderarbeit werden nicht, wie manchmal falsch dargestellt wird, Arbeiten verstanden, bei denen Kinder gelegentlich ihren Eltern auf Familienbetrieben helfen. Die missbräuchliche Kinderarbeit, wie sie in der Landwirtschaft noch viel zu häufig vorkommt, ist von der ILO klar definiert und umfasst Arbeiten, welche Kinder ihrer Kindheit, ihres Entwicklungspotenzials und ihrer Würde berauben und physisch sowie mental schädigend sind. Solche Tätigkeiten halten Kinder vom Zugang zu Bildung ab und





Arbeiterinnen bei der Kakaoernte in der Elfenbeinküste.

nehmen ihnen Perspektiven auf ein besseres Leben. So wird die Armut über Generationen hinweg zementiert.

Der französische Fernsehsender France 2 berichtete Anfang dieses Jahres über den illegalen Kakaoanbau in Schutzgebieten in Côte d'Ivoire. Jede dritte Person, die auf diesen Plantagen arbeitete, war ein Kind. Die Journalisten dokumentierten auch Fälle von Kinderhandel aus dem benachbarten Burkina Faso. Unter anderem kaufte der Handelskonzern Cargill, der eine wichtige Handelsniederlassung in Genf betreibt, Kakao, der auf diesen Plantagen angebaut wurde.



## LANDRAUB

Wie eingangs erwähnt, sind viele der aus der Schweiz operierenden Handelsunternehmen nicht nur im Handel tätig, sondern dringen auch in die Produktion und Verarbeitung der Rohstoffe ein. Manche besitzen Land, andere pachten es oder gehen Verträge ein, die es ihnen ermöglichen, die Produktion zu kontrollieren. Viele der Agrarrohstoffhändler mit Sitz in der Schweiz sind sogenannte Global Value Chain Managers, die an der gesamten Wertschöpfungskette beteiligt sind – vom Feld bis zur Gabel, «From Farm to Fork», wie es die Louis Dreyfus Company (LDC), die ihre grösste Handelsniederlassung in Genf betreibt, stolz von sich behauptet. Mit dem Zugriff auf die Produktionsstufe stehen mächtige Händler in direkten – und allzu oft alles andere als fairen – Geschäftsbeziehungen mit weitgehend

unorganisierten Kleinproduzenten und Arbeiterinnen. Diese haben gegenüber den riesigen Agrarkonglomeraten in der Regel kaum Verhandlungsmacht, um bessere Arbeits- und Produktionsbedingungen für sich auszuhandeln oder sich gegen Risiken abzusichern.

Wie die Händler ihre Macht ausspielen können, zeigt sich beispielsweise beim Thema Landaneignungen. Zwischen 2006 und 2016 dokumentierte die Organisation GRAIN weltweit fast 500 Fälle von Landraub, die zusammen über 30 Millionen Hektar Land betreffen. Oft geht es um Land, das ursprünglich von Kleinbauernfamilien bewirtschaftet wurde, traditionelle Weidandschaften gehören dazu, geschützter Wald, aber auch dicht besiedeltes Land. Die riesigen Flächen, wie sie etwa für den Soja-, Palmöl- oder Maisanbau benötigt werden, sind nicht einfach frei verfügbar. Aber die Händler dieser Rohstoffe wissen sich zu helfen. Die britische NGO Oxfam hat etwa nachgewiesen, wie Cargill zwischen 2010 und 2012 trotz gesetzlicher Beschränkungen riesige Landflächen in Kolumbien akquirierte. Der Konzern gründete nicht weniger als 36 Briefkastenfirmer, die es erlaubten, eine gesetzlich vorgeschriebene Maximalgrösse für den Erwerb von staatlichem Land zu überschreiten. Mit über 50 000 Hektaren erwarb Cargill schliesslich mehr als das 30-Fache des für einen einzelnen Eigentümer gesetzlich zulässigen Landes.

Einer der berüchtigtsten Fälle von Landraub betrifft die Kaffeeproduktion in Uganda. Das Food First Information and Action Network hat den Fall minutiös recherchiert, der damit begann, dass die ugandische Armee 2001 die Einwohnerinnen und Einwohner von vier





Ein Cargill-Frachter wird im brasilianischen Hafen Santarem mit Soja beladen.

© Dado Galdieri/Bloomberg/Getty

Dörfern gewaltsam vertrieb. Die Regierung hatte das Land zuvor an die Kaweri Coffee Plantation Ltd. verpachtet, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Neumann Kaffee Gruppe, die ihre Plantagen über das NKG Tropical Farm Management mit Sitz in Baar im Kanton Zug verwaltet. Bis heute kämpfen die Vertriebenen für ihre Rechte.



---

## KORRUPTION

Schon angesichts der bislang erwähnten Fälle verwundert es, mit welcher Sorglosigkeit die Schweiz ihre Agrarrohstoffhändler gewähren lässt. Die offizielle Schweiz setzt sich aktiv dafür ein, dass sich Agrarrohstoffhändler hier niederlassen – jedoch ohne sicherzustellen, dass diese ihre Sorgfaltspflichten in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards wahrnehmen. Im Mai 2017 unterzeichnete der Kanton Genf eine Absichtserklärung mit dem staatlichen chinesischen Agrarrohstoffhändler COFCO und sicherte dem Unternehmen die volle Unterstützung für seine Geschäftsausweitung zu. Der Kanton verpflichtete sich ausserdem, dem Unternehmen ein «freundliches Geschäftsumfeld» bereitzustellen. COFCO eröffnete daraufhin seinen internationalen Handelshauptsitz in Genf.

Die Schweiz verlässt sich einzig auf verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, also die sogenannte Corporate Social Responsibility. Sie setzt somit weiterhin auf Freiwilligkeit und kennt bis heute keine Vorschriften, um Menschenrechtsverletzungen entlang der Wertschöpfungs-

ketten von in der Schweiz ansässigen Rohstoffhändlern zu verhindern. Die mächtigen Agrarhändler agieren weitgehend ausserhalb der öffentlichen Wahrnehmung. Das hat auch damit zu tun, dass der Agrarrohstoffhandel in der Schweiz fast gänzlich aus sogenanntem Transithandel besteht, der in den Handelsstatistiken nicht auftaucht, da die Rohstoffe dabei nicht physisch in die Schweiz gelangen. Viele der Firmen sind zudem privat gehalten – ohne öffentliche Rechenschaftspflicht an Aktionärinnen und Aktionäre. Einem Kontrollorgan, wie sie der Staat mit der Finanzmarktaufsicht FINMA für Banken und Versicherungen kennt, müssen Rohstoffhändler auch keine Auskünfte erteilen: Ein solches existiert nicht. Public Eye hat mit der Idee einer Rohstoffmarktaufsicht Schweiz (ROHMA) schon 2014 eine Lösung präsentiert, wie unser Land diesem Mangel entgegenwirken könnte. Denn solange der Staat nicht genauer hinschaut, dürfen sich die Händler fast alles erlauben. Das zeigen auch die zahlreichen Fälle von Korruption und Geschäften mit politisch exponierten Personen, auf die wir bei unserer Recherche gestossen sind.

Einer der grössten Korruptionsfälle, die ans Licht kamen, betrifft den Getreideriesen Archer Daniels Midland (ADM). Eine ADM-Tochtergesellschaft bekannte sich schuldig, im Jahr 2013 ukrainische Regierungsbeamte mit rund 22 Millionen Dollar bestochen zu haben. Aufgrund eines Bundesgesetzartikels in den USA, dem Foreign Corrupt Practices Act, musste das Unternehmen in der Folge eine Busse von 17 Millionen Dollar zahlen.

Im November 2017 berichtete die französische Fernsehsendung «Cash Investigation» über die problematischen Geschäfte der Louis Dreyfus Company in





© Simon Dawson/Bloomberg/Getty  
Trader von Glencore, dem weltweit grössten Rohstoffhändler mit Hauptsitz im Kanton Zug, an der Arbeit im Handelszentrum in Rotterdam.

Brasilien. Die Genfer Agrarhändlerin ging im Jahr 2010 mit einer Tochtergesellschaft des weltgrössten Sojaproduzenten Amaggi ein Joint Venture ein. Diese Firma wiederum gründete im selben Jahr eine auf den Cayman Islands ansässige Treuhandgesellschaft. Die wirtschaftlich Begünstigten dieses Trusts waren allesamt Familienmitglieder von Blairo Maggi, dem als «Sojakönig» bekannten Besitzer der Firma Amaggi und damaligen Gouverneur des Staates Mato Grosso. Der Gouverneur hatte also in seiner exponierten Position als Politiker seine privaten und geschäftlichen Interessen vermischt, was bei LDC die Alarmglocken hätte läuten lassen müssen.

Gegen Maggi, der zwischenzeitlich Landwirtschaftsminister Brasiliens war, wurde 2018 Anklage erhoben, weil er in jener Zeit als Gouverneur ein System monatlicher Bestechungszahlungen aufgebaut haben soll – im Austausch für politische Unterstützung.

#### Was muss in der Schweiz passieren?

Hübsche Bilder in Jahresberichten, bunte Websites und schmissige Slogans können nicht darüber hinwegtäuschen, wie viel im globalen Agrarrohstoffsektor schiefläuft. Aber im Gegensatz zu den Millionen von Kleinbauern und Landarbeiterinnen sind die wenigen riesigen multinationalen Unternehmen in der Lage, die Spielregeln und die jetzt schon ungleichen Geschäftsbeziehungen weiter zu ihren Gunsten zu formen oder auszulegen. Die Resultate sind ein unzureichender Menschenrechtsschutz, fehlende Transparenzvorschriften und eine Wettbewerbspolitik, die dem zunehmenden Machtungleichgewicht wenig entgegenzusetzen hat.

Dabei ist die im globalen Agrar- und Ernährungssystem beobachtete Machtasymmetrie keine Zufälligkeit. Im Gegenteil, sie ist strukturell bedingt. Damit ist die Politik gefordert. Sie muss mächtige Unternehmen zu verantwortungsvollem Handeln zwingen, indem sie diese zur verbindlichen Einhaltung der Menschenrechte bei all ihren Geschäftstätigkeiten verpflichtet, stringente Transparenzvorschriften erlässt und wettbewerbspolitische Massnahmen ergreift, welche die Verhandlungsmacht der Agrarrohstoffhändler gegenüber Bauernfamilien einschränkt.

Letztlich braucht es eine fundamentale Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Händlern und den Menschen, die im Anbau der Agrarrohstoffe tätig sind, um grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Genau hier müssen Bundesrat und Parlament ansetzen, wenn sie sicherstellen wollen, dass der Schweizer Agrarhandelssektor nicht länger im Dunkeln auf Kosten von Mensch und Umwelt Geschäfte macht. Die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative wäre ein wichtiger Schritt: Sie würde dafür sorgen, dass sich aus der Schweiz heraus operierende Konzerne künftig proaktiv um Menschenrechts- und Umweltrisiken kümmern müssten. ■

---

*Welche Rolle spielt die Schweiz im globalen Agrarhandel? Finden Sie es heraus und testen Sie Ihr Wissen in unserem **Online-Quiz** unter [www.publiceye.ch/agrarhandel](http://www.publiceye.ch/agrarhandel), wo Sie auch den Fachbericht «Agricultural Commodity Traders in Switzerland – Benefitting from Misery?» sowie weitere Informationen zum Thema finden.*

**«Sollen wir akzeptieren, dass sich das Ernährungssystem danach richtet, wo am meisten für ein Lebensmittel bezahlt wird?»**

Tomaso Ferrando, Experte für die Zusammenhänge zwischen Recht und Ernährung, sieht zwei dominierende Trends im globalen Agrarhandelssystem: Konzentrationsprozesse auf allen Stufen der Nahrungskette und den zunehmenden Einfluss von Finanzakteuren. Im Interview spricht er über die Folgen dieses globalisierten Systems für Bäuerinnen, Konsumenten und die Umwelt – und skizziert Ansätze, wie den daraus erwachsenden Ungerechtigkeiten begegnet werden kann.

INTERVIEW: SILVIE LANG UND ALICE KOHLI



**Das globale Agrar- und Ernährungssystem hat sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Veränderungen?**

Ich würde sagen, es gibt zwei Hauptdynamiken. Die eine ist die zunehmende Konzentration, das heisst, dass immer weniger Firmen einzelne Sektoren oder Wertschöpfungsstufen dominieren, etwa im Saatgut- und Chemie-sektor. Nehmen wir die Übernahme von Monsanto durch Bayer. Die Tatsache, dass Wettbewerbsbehörden sowie Politikerinnen und Politiker die Fusion dieser beiden Riesenkonzerne zuliessen, ist emblematisch. Sie zeigt, dass es trotz einer verstärkten Aufmerksamkeit für die problematischen Aspekte unseres Ernährungssystems leider offensichtlich nach wie vor grosse politische und rechtliche Lücken gibt. Obwohl Monsanto seit Jahren für öffentliche Empörung sorgte, kam es zur Übernahme und somit zur Fortführung dieses problematischen Geschäftsmodells. Die zweite Hauptdynamik ist die zunehmende Finanzialisierung des ganzen Ernährungssystems.

**Finanzialisierung? Was bedeutet das genau?**

Insbesondere in den letzten vier bis sechs Jahren ist eine viel stärkere Präsenz von Finanzakteuren in der Nahrungsmittelkette zu beobachten. Dabei geht es nicht mehr nur um den Handel mit Derivaten und anderen Wertpapieren aus dem Agrarsektor. Finanzakteure kaufen mittlerweile buchstäblich ganze Teile der Nahrungskette auf. Sie erwerben Land, sie sind an den Inputmärkten beteiligt, an der Verarbeitung und Lieferung von Lebensmitteln, im Einzelhandel. Das verändert das globale Ernährungssystem grundsätzlich. Die Finanzakteure involvieren sich im System, weil sie daraus finanziellen Wert schöpfen wollen. Doch sie ziehen nicht nur Wert aus dem System ab, sie verwandeln es auch in der für sie gewinnbringendsten Weise. Und das geschieht mit grosser Intensität und Geschwindigkeit.

**Warum haben sich die Finanzakteure plötzlich so sehr für den Agrar- und Lebensmittelsektor zu interessieren begonnen?**

Weil mehr Lebensmittel produziert werden, und weil es auf globaler Ebene zu Umstellungen bei der Ernährung wie etwa einem höheren Fleischkonsum kommt, gibt es mehr Geld zu verdienen. Die Finanzinvestoren haben erkannt, dass sie am meisten Gewinn generieren können, wenn sie auf allen Stufen des Produktionsprozesses investieren, vom Saatgut bis zum Einzelhandel. Was daraus resultiert, ist ein sehr spezifisches Agrarsystem. Eines, das sehr kapitalintensiv ist, auf Massenproduktion setzt und global vernetzt ist.

**Sie haben Konzentrationsprozesse erwähnt. Können Sie diese beschreiben?**

Diese sogenannte horizontale Integration ist eine der Folgen von Finanzinvestitionen entlang der Wertschöpfungskette von Lebensmitteln. Also davon, dass dieselben

Finanzakteure Anteile an mehreren Unternehmen halten, die auf demselben Markt tätig sind. Das heisst: Unternehmen, die eigentlich miteinander konkurrenzieren sollten, kooperieren mit dem Ziel, möglichst hohe Gewinne für oftmals dieselben Aktionärinnen und Aktionäre zu generieren. Das Handeln dieser Akteure zielt nicht auf einen möglichst guten Preis für Konsumentinnen und Konsumenten ab, sondern auf eine möglichst hohe Rendite.

**Sind Sie demnach für einen hart umkämpften Markt mit aggressiver Preispolitik?**

Ich sage nicht, dass die Senkung von Preisen oder eine aggressive Preispolitik per se gut sind. Aber die von den Finanzakteuren provozierte Dynamik hat das klassische Ernährungssystem komplett durcheinandergebracht. Entscheidungen werden nicht mehr danach getroffen, wer welche Nahrung benötigt, sondern danach, was den höchsten Profit einbringt.

**Wer ist am stärksten negativ betroffen von dieser Finanzialisierung und diesen Konzentrationsprozessen?**

Bei der horizontalen Integration, beispielsweise im Saatgutsektor, sind in erster Linie die Bäuerinnen und Bauern betroffen, die dieses Saatgut benötigen. Die Saatgutpreise sind höher, weil die Unternehmen, die sie verkaufen, nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Betrachtet man die Finanzialisierung als ganzheitliches Phänomen, sieht man, dass es nur ein Ernährungssystem geben kann, das sieben bis zwölf Prozent Kapitalrendite verspricht. Dieses System ist auf grenzüberschreitenden Handel ausgerichtet und basiert auf Monokulturen mit intensiven Inputs und hohen Outputs. Für die Gesellschaft und die Umwelt ist dies unglaublich problematisch. Alle jene, die versuchen, alternative Formen von Landwirtschaft zu entwickeln, welche weniger Profit für die Finanzinvestoren versprechen, werden kaum an Kapital kommen, nicht mit Infrastruktur unterstützt werden, nicht wettbewerbsfähig sein.

**Welche sozialen und ökologischen Probleme verursacht diese hochintensive Landwirtschaft konkret?**

Die grösste unmittelbare Sorge sind die Treibhausgase, die beim Transport von Gütern produziert werden. Das globale Handelssystem allein ist bereits heute für fünf bis sieben Prozent aller Treibhausgase verantwortlich. Wenn sich der Handel im gleichen Tempo intensiviert, werden es 2050 schon 23 Prozent aller Treibhausgase sein. Die global ausgerichtete Landwirtschaft erfordert zudem eine aufwendige, teure Infrastruktur, was bedeutet, dass nur sehr wenige Akteure überhaupt Zugang zu ihr haben. Je länger die Entfernungen sind und je weniger sichtbar die Wertschöpfungskette ist, desto mehr wird es zu einer Machtkonzentration bei einigen wenigen Schlüsselkonzernen kommen, die über die nötige Infrastruktur verfügen, um Güter zu lagern,

zu verarbeiten und zu transportieren. Das hat Konsequenzen für kleinere Händler, Kleinbäuerinnen und Konsumierende weltweit.

### **Welche Konsequenzen?**

Der globale Handel verlangt nach spezifischen Produkten. Gewisse Lebensmittel und bestimmte Sorten sind resistenter und deshalb besser geeignet, über weite Strecken transportiert zu werden. Es gibt nur eine Sorte Ananas, die weltweit gehandelt wird, genau dasselbe gilt für die bekannte Cavendish-Banane. Das hat natürlich Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und die Biodiversität. Bäuerinnen und Bauern müssen produzieren, was das System will – und nicht, was dem Boden guttut oder was der biologische Kreislauf erfordern würde. Ich war vor Kurzem im spanischen Murcia, wo sie eine Tomate anbauen, die sich gut eignet, um verschifft zu werden. Das Problem ist, dass die Früchte sehr hoch an der Pflanze wachsen. In der Folge leiden die Arbeiterinnen und Arbeiter an Rücken- und Nackenschmerzen, weil sie die ganze Zeit nach oben schauen müssen, um die Tomaten über ihren Köpfen abzuschneiden. Nur weil der Markt nach einer bestimmten Tomate verlangt, die haltbar ist und über längere Distanzen transportiert werden kann, opfern wir die Gesundheit der Arbeitenden auf den Plantagen. Und, wie gesagt, die Biodiversität.

### **Auch im Einzelhandel gibt es starke Konzentrationsprozesse. Welche direkten Konsequenzen haben diese für Bäuerinnen und Kleinproduzenten?**

Schauen Sie, was in Sardinien geschah. Die Milchbauern und -bäuerinnen gerieten durch die Händler und Grossverteiler derart stark unter Druck, dass sie ihre Milch zu einem Preis verkaufen mussten, der unter den Produktionskosten lag. Aus dem einfachen Grund, dass es eine grosse Machtkonzentration auf der Ebene der Handelsfirmen und des Einzelhandels gab. Die Bäuerinnen und Bauern gingen auf die Strasse, es kam zu Ausschreitungen. Aber viele Bauern, etwa im Süden Italiens, wählen eine andere Option: Sie stellen Migrantinnen und Migranten ohne Papiere an, ohne ihnen irgendeine Form von Unterstützungsleistungen, Renten oder Sozialversicherungen zu bezahlen. Um bei so niedrigen Preisen profitabel wirtschaften zu können, muss man die Produktionskosten irgendwie senken. Das kann auf Kosten der Arbeitnehmenden, aber auch auf Kosten der Natur geschehen. In Vietnam zum Beispiel werden für die Ausweitung der Kaffeeproduktion grosse Teile des Regenwalds abgeholzt. Dasselbe geschah im Cerrado, der Savannenlandschaft Brasiliens, für Soja. Der Druck von Grossverteilern und Handelsunternehmen hat immer soziale oder ökologische Auswirkungen.

### **Was könnte getan werden, um dieses Machtgleichgewicht zwischen Konzernen und Bauernfamilien zu mindern?**

Das ist die 100-Millionen-Dollar-Frage. Nehmen Sie Kaffee als Beispiel: Es gibt mindestens fünfzehn Länder, in denen Kaffee produziert wird, aber jedes Land hat ein anderes Arbeitsrecht, andere Produktionskosten, eine andere Qualität, erhält auf dem Markt einen anderen Preis. In manchen Ländern beschäftigen Grossgrundbesitzer und -besitzerinnen Landarbeitende, in anderen sind die Händler bei der Produktion auf Kleinbauernfamilien angewiesen. Das heisst, wir können keine globale Lösung finden – und erst recht nicht eine, die auf alle Rohstoffe anwendbar ist.

### **Das klingt nicht sehr ermutigend.**

Es gibt natürlich Möglichkeiten. Viele Wettbewerbs-expertinnen und -experten versuchen, die Politik dazu zu bewegen, die Marktmacht der Konzerne, deren Grösse und Dominanz zu beschränken. Auch eine stärkere Koordination und Kooperation auf der Ebene der Kleinbäuerinnen und lokalen Produzenten gibt diesen die Möglichkeit, ihre Verhandlungsmacht gegenüber den Konzernen zu stärken. Wenn sie sich zusammenschliessen und kollektiv einen Preis bestimmen, können sie ihre Position gegenüber den Handelsunternehmen und Grossverteilern verbessern, statt sich von diesen gegeneinander ausspielen zu lassen.

### **Was kann in den Sitzstaaten dieser mächtigen Firmen getan werden?**

Es ist immer eine politische Entscheidung, ob interveniert werden soll oder nicht. Dabei kommt es darauf an, ob man überzeugt davon ist, dass sich der Markt selbst ausreichend reguliert – oder nicht. Ob man sich einig ist, dass die Effizienz des Markts das Ziel der Gesellschaft ist – oder nicht. Es hängt von der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Regierung eines Landes ab und davon, ob alternative Modelle politisch attraktiv sind. Ein erster wichtiger Schritt wäre, dass eine Regierung überhaupt erkennt, in welche Richtung sich das Ernährungssystem entwickelt hat. Und dann überlegt, welche Rolle das Land bei einer Änderung dieses Systems spielen soll.

### **Welche Weichen sollten konkret in der Schweiz gestellt werden?**

Die Schweiz als einer der wichtigsten Rohstoffhandelsplätze der Welt sollte versuchen, die Handelsunternehmen zur Übernahme der sozialen und ökologischen Kosten ihres Tuns zu zwingen. Das könnte zum Beispiel bedeuten, dass die Unternehmen bei ihren globalen Einkaufspraktiken existenzsichernde Löhne und Einkommen gewährleisten müssen.



### **Haben die Gesetze und Vorschriften mit den radikalen Veränderungen im Ernährungssystem überhaupt Schritt gehalten?**

Manche Gesetze und Vorschriften haben diese Entwicklungen erst möglich gemacht. Es besteht ein politisches Interesse daran, ein System zu stützen, das günstige Lebensmittel produziert. Die Idee dahinter ist, dass Menschen, die sich gut ernähren können, nicht auf die Strasse gehen, wie das in Nordafrika während des Arabischen Frühlings geschah oder in verschiedenen Ländern Südamerikas. In Europa hat dieses Ernährungssystem in den letzten fünfzig Jahren den Zugang zu erschwinglichen Lebensmitteln für eine Mehrheit gewährleistet – aber auf Kosten der Menschen anderswo, der Umwelt und auch der Produzentinnen und Produzenten. Die Grundsatzfrage ist doch: Sollen wir akzeptieren, dass die Entscheidungen im Agrarhandel nach der Prämisse gefällt werden, Lebensmittel möglichst effizient dort abzusetzen, wo die Menschen am meisten dafür bezahlen? Oder wollen wir, dass die grossen Akteure zumindest die Rechte der Menschen in den Ländern, in denen sie einen Rohstoff beziehen, respektieren? Wenn sie das tun würden – würden sie dann weiterhin Rohstoffe über die halbe Welt transportieren, um sie etwa in China an Schweine zu verfüttern oder in Europa als Ethanol zu verfeuern? Oder würden sie diese Güter eher dort belassen, wo sie sind, was die Verfügbarkeit dort erhöhen und so den Preis senken würde? Lebensmittel global zu handeln bedeutet letztlich: Du nimmst gewissen Menschen ein zentrales Gut weg und bringst es zu anderen Leuten. Wenn die Handelsunternehmen auch diesen Aspekt und nicht nur die Kaufkraft berücksichtigen müssten, würde sich die Dynamik im globalen Handel verändern. Aber das werden sie nicht freiwillig tun. Sie sind in erster Linie am Gewinn interessiert, nicht an Menschenrechten.

### **Das bedeutet?**

Ich denke, sie müssten dazu gezwungen werden. Oder zumindest müssten sie davon überzeugt werden, dass auch sie ein Interesse daran haben, die Situation der Plantagenarbeiter oder der Kleinbäuerinnen zu verbessern. Diese stellen die Produkte her, mit denen die Unternehmen handeln. Es ist ganz einfach: Wenn du den Bauern oder die Arbeiterin verhungern lässt, wird niemand mehr den Rohstoff produzieren. Und aus einer Umweltperspektive: Wenn man keine nachhaltigeren Anbaumethoden etabliert, wird es in fünf, zehn Jahren gewisse Rohstoffe nicht mehr zu kaufen geben. Ich glaube, manche Handelsunternehmen haben das auch erkannt. Nur: Wenn ein Umdenken lediglich deshalb geschieht, weil das Geschäft mächtiger Akteure davon abhängt, und wenn es nach deren Vorstellungen geschieht, dann werden die grundsätzlichen Probleme rund um die Machtverteilung und -konzentration im

globalen Ernährungssystem, in Bezug auf den weltumspannenden Handel oder den Marktzugang nicht wirklich in Angriff genommen.

### **Können wir das Gespräch dennoch mit einem Beispiel abschliessen, das Hoffnung macht?**

Nehmen wir Kolumbien als Beispiel, den Kaffeesektor. Der Preis für Kaffee ist so tief wie nie seit 13 Jahren, tiefer als die Produktionskosten in Kolumbien. Also gingen die Bauernfamilien auf die Strasse und protestierten, und schliesslich sprach die Regierung 30 Millionen US-Dollar, um die Einkommensverluste auszugleichen. Vor einigen Wochen trafen sich Kaffeehändler und -röster in Genf, und auch sie kamen zum Schluss, dass sie existenzsichernde Preise anstreben müssen. Und die Internationale Kaffeorganisation verlangt als Folge der Vorkommnisse in Kolumbien nach einer Beobachtungsstelle für den Kaffeepreis. Es ist das erste Mal, dass die Organisation das anerkennt: Produzentinnen und Produzenten können nicht einfach einem internationalen Preissetzungsmechanismus ausgesetzt werden, der durch die finanzielle Dynamik auf globaler Ebene bestimmt wird. Der Fall zeigt: Wenn sich die Bäuerinnen und Bauern zusammentun, können sie ihr Anliegen von den Strassen Kolumbiens bis nach Genf und auf die internationale Ebene bringen. Die Dinge können sich ändern, wenn der Druck von unten auf verschiedenen Ebenen des Ernährungssystems ausgeübt wird – vom Bauern bis zur Konsumentin. Das ist ermutigend. Aber es geschieht nicht einfach so. ■

### **Zur Person Tomaso Ferrando**

Dr. Tomaso Ferrando, geboren 1985 in Turin, ist Dozent für Rechtswissenschaften an der Universität Bristol in England und Rechtsberater der UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, Hilal Elver. Er hat mit dem International Panel of Experts on Sustainable Food Systems (IPES-Food) zusammengearbeitet und an der Formulierung einer gemeinsamen Lebensmittelpolitik der EU mitgewirkt. In seiner jüngsten wissenschaftlichen Arbeit hat er die Finanzialisierung des globalen Ernährungssystems unter die Lupe genommen.

# Schulden für Mosambik: Public Eye reicht Strafanzeige gegen Credit Suisse ein

Kredite von über zwei Milliarden US-Dollar, die in grossem Stil veruntreut wurden, haben im bitterarmen Mosambik die Staatsschulden explodieren lassen. Die Hälfte dieser Summe stellte die britische Tochtergesellschaft der Credit Suisse bereit. Public Eye hat deshalb Ende April in Bern eine Strafanzeige gegen Credit Suisse eingereicht: Die Bundesanwaltschaft soll abklären, ob die Bank ihrer Verpflichtung zur Überwachung der Tochtergesellschaft nachgekommen ist.

DAVID MÜHLEMANN

Im Frühling 2016 hat das Wall Street Journal einen massiven Kredit- und Schuldenskandal in Mosambik aufgedeckt. Es ging um Kredite in der Höhe von über zwei Milliarden Dollar, die die britische Tochtergesellschaft der Credit Suisse (CS), Credit Suisse International, und die russische Bank VTB drei halbstaatlichen mosambikanischen Unternehmen gewährt hatten. Die Kreditgeschäfte waren durch Staatsgarantien gesichert, ausgestellt durch den damaligen Finanzminister. Vorgesehen waren die Gelder in erster Linie für den Aufbau einer Thunfisch-Fangflotte und für Schnellbote für den Küstenschutz.

## 500 verschwundene Millionen

Die Banken zahlten die Kreditsummen aber nicht direkt an Mosambik oder die mosambikanischen Unternehmen aus, sondern an die Schiffbaugruppe Privinvest aus Abu Dhabi. Diese war auch die treibende Kraft, dass die Kredite überhaupt zustande kamen. Die schliesslich gelieferten Schiffe waren zum Teil jedoch massiv überteuert und auch Monate nach Auslieferung nicht betriebsbereit. Zu diesem Schluss kam die unabhängige Prüfgesellschaft Kroll, die den Kreditskandal untersuchte. Was sie ebenfalls konstatierte: Von mindestens 500 Millionen US-Dollar fehle jegliche Spur.

Da die Investitionen ohne Ertrag blieben, konnten die drei mosambikanischen Unternehmen ihren Kreditverpflichtungen ebenso wenig nachkommen wie der schon stark verschuldete Staat. Die lange geheim gehaltenen Kredite und die staatliche Absicherung flogen schliesslich auf, und der internationale Währungsfonds (IWF) sowie weitere Geberländer – unter ihnen auch die Schweiz – stoppten ihre Budgethilfe. Die daraufhin gestiegene Inflation und die Sparmassnahmen der Regierung trafen die Bevölkerung eines der ärmsten Länder der Welt.

Die amerikanischen Strafverfolgungsbehörden erhoben am 19. Dezember 2018 gegen drei ehemalige Manager der britischen CS-Tochter, den ehemaligen mosambikanischen Finanzminister, zwei weitere mo-

sambikanische Amtsträger sowie zwei Kader von Privinvest Anklage. Alle sollen sich bei der Kreditvergabe durch Bestechungs- und sogenannte Kickbackzahlungen bereichert haben. Die amerikanischen Ermittler gehen davon aus, dass mindestens 200 Millionen US-Dollar von der Kreditsumme abgezweigt wurden.

## Credit Suisse in schiefem Licht

Seit 2017 verfolgt das US-amerikanische Justizministerium – als oberste Anklagebehörde der USA – die Strategie, dass die Strafverfolgung ihren Fokus auf die Individuen richten soll und nicht mehr in erster Linie auf Unternehmen. Gleichwohl kommen die CS und ihre Compliance-Abteilung, die mit der Sorgfaltsprüfung im Rahmen der Kreditvergabe betraut gewesen war, in der Anklageschrift nicht gut weg. Diese hält zwar fest, dass die drei Banker der Compliance-Abteilung gegenüber falsche Angaben gemacht hatten. Die internen Kontrollmechanismen hätten allerdings verlangt, dass die Mitarbeitenden der Compliance das Korruptionsrisiko innerhalb der Kreditprojekte abklären und die involvierten Personen überprüfen. Die CS hatte zudem als Teil ihrer internen Kontrollen Bedingungen für die Gewährung des Kredits an Mosambik aufgestellt: die Genehmigung der Kreditvergabe durch die Zentralbank Mosambiks, deren Bestätigung durch das mosambikanische Verwaltungsgericht sowie eine Mitteilung an den IWF. Nur: Gemäss dem Prüfungsbericht wurde keine dieser Bedingungen eingehalten, die Kredite wurden aber dennoch ausbezahlt. Die amerikanischen Strafverfolger kommen zum Schluss, dass die Compliance-Abteilung der CS zwar kritische Fragen gestellt habe. Sie habe die Antworten jedoch nicht überprüft und «es verpasst, ihre Untersuchungen weiterzuziehen».

Die schweizerische Bundesanwaltschaft hat bisher auf Medienanfragen verlauten lassen, dass sie keine Strafuntersuchung gegen die CS eröffnet habe. Auch als Mosambik anfangs 2018 ein Rechtshilfeersuchen an die Schweiz stellte, seien für die Eröffnung eines Strafverfahrens nicht genügend Hinweise auf ein strafbares Verhalten vorgelegen.



### Ist die Schweiz zuständig?

Eine wichtige Frage für die strafrechtliche Aufarbeitung des Falls in der Schweiz ist jene nach der Zuständigkeit der hiesigen Strafverfolgungsbehörden. In Korruptionsfällen gilt eine Straftat als am Ort des Handelns (oder Unterlassens) begangen. Bei der Zuständigkeit im Bereich der strafrechtlichen Unternehmenshaftung gilt aber Folgendes: Die Schweiz kann nicht nur Begehungsort der Straftat sein, sondern auch der Ort des Organisationsmangels des beteiligten Unternehmens. Es war die Bundesanwaltschaft selbst, die in einem Entscheid zum französischen Transportkonzern Alstom die Praxis etablierte, dass die Zuständigkeit der schweizerischen Justiz bei multinationalen Unternehmensgruppen auch damit begründet werden kann, dass das Organisationsversagen in der Schweiz anzusiedeln ist. Für den Fall der Credit Suisse und Mosambik gilt das ebenso: In unserer Strafanzeige zeigen wir auf, dass es genügend Hinweise dafür gibt, dass die Unternehmensführung in Zürich Informationen über die Kreditvergabe gehabt haben muss und trotz klarer Warnzeichen nicht eingeschritten ist.

### Enge Verbindung Zürich–London

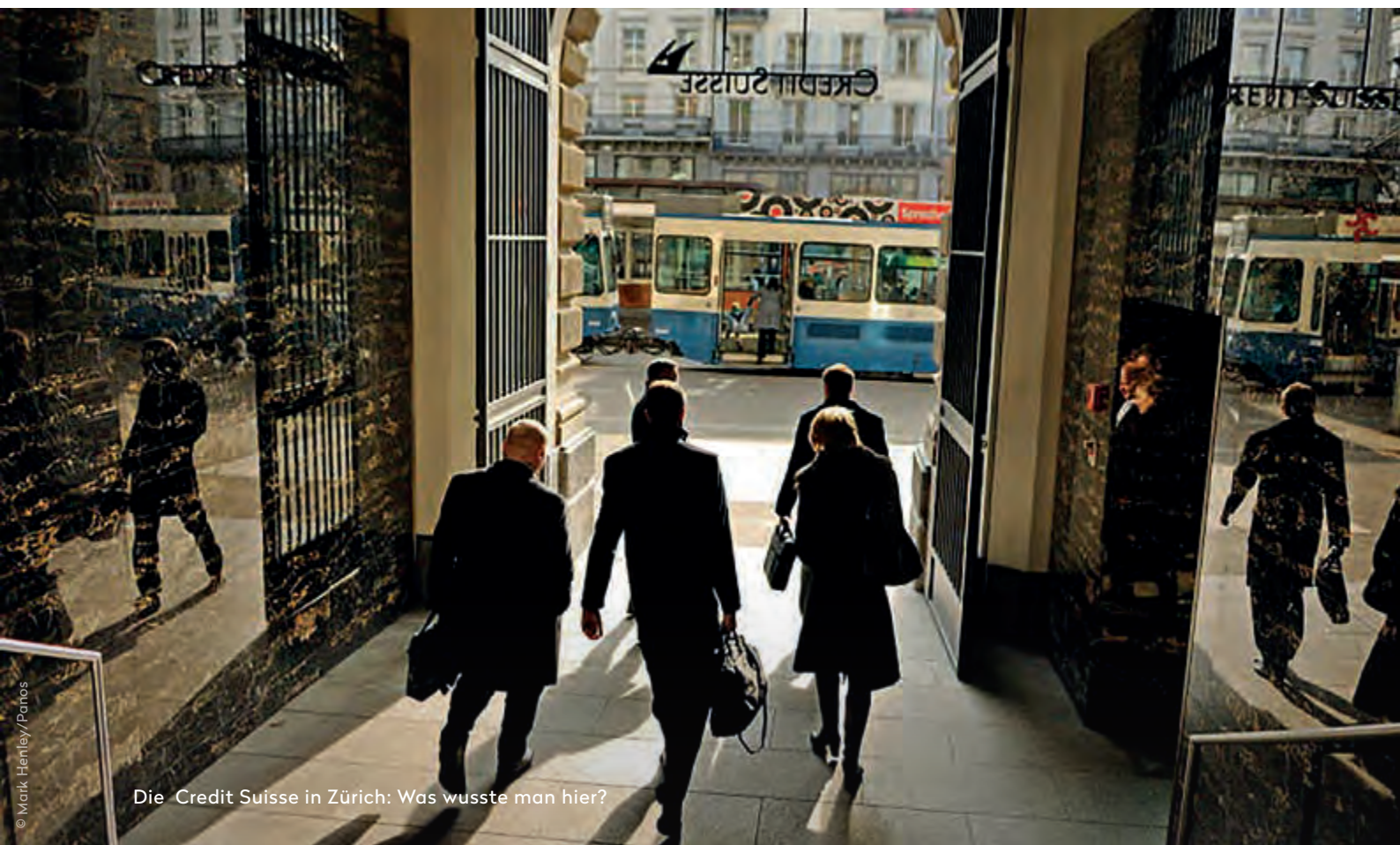
Gemäss Privatrecht verfügt eine juristische Person bereits dann über rechtlich relevante Kenntnis eines Sachverhalts, wenn das betreffende Wissen innerhalb ihrer Organisation objektiv abrufbar ist. Dafür gibt es verschiedene Hinweise: Nach eigenen Angaben kontrolliert die CS Group AG

ihre Tochtergesellschaft CS International vollständig, und Aufgaben in Sachen Risk Management und Compliance sind bei den beiden Banken eng verbunden. Zudem gab es im fraglichen Zeitraum diverse personelle Überschneidungen; nicht nur bei den Verwaltungsräten, sondern auch im geschäftsführenden Management. So war etwa die Verwaltungsratspräsidentin in Grossbritannien auch Verwaltungsrätin bei der CS Group AG in Zürich, der Chief Risk Officer der Gruppe zugleich auch Verwaltungsrat der britischen Tochter. Auch der CEO der CS International übte am Hauptsitz eine geschäftsführende Position aus.

### Bundesanwaltschaft soll aktiv werden

Wenn die Unternehmensführung von den Modalitäten der Kreditvergabe wusste, entlastet es die Bank nicht per se, dass es drei Angestellte in London waren, welche die korrupten Geschäfte abgeschlossen haben. Gemäss schweizerischem Strafrecht haftet das Unternehmen unabhängig von der Strafbarkeit der natürlichen Personen, wenn es nicht alle zumutbaren und erforderlichen organisatorischen Massnahmen getroffen hat, um Straftaten wie Bestechung fremder Amtsträger und Geldwäscherei zu verhindern.

Mit der Strafanzeige fordert Public Eye die Bundesanwaltschaft nun auf, die Frage zu klären, ob die CS Group AG ihren organisatorischen Pflichten zur Überwachung der Tochtergesellschaft und zur Verhinderung illegaler Verhaltensweisen nachgekommen ist – so wie es das Schweizer Strafrecht von Unternehmen verlangt. ■



Die Credit Suisse in Zürich: Was wusste man hier?



# Zum Nutzen weniger

Pharmaunternehmen vermarkten ihre Medikamente immer öfter auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen sie zuvor klinische Versuche durchgeführt haben. Doch wer in einem Land wie der Ukraine oder Mexiko an einem Medikamententest von Novartis oder Roche teilnimmt, hat noch lange keine Garantie, auch davon zu profitieren. Das zeigt eine Studie, die Public Eye im Mai veröffentlicht hat.

ALICE KOHLI

«Ich bin erstaunt, dass sie all diese klinischen Versuche in Thailand durchgeführt haben – obwohl einige der Medikamente hier für die meisten Menschen absolut unbezahlbar sind.» So klang die spontane Reaktion eines thailändischen Gesundheitsexperten auf eine Liste von klinischen Versuchen, die Public Eye zusammengestellt hatte. Die Liste enthielt Produktnamen von 22 Medikamenten der Schweizer Pharmariesen Roche und Novartis, die in ihrer Entwicklungsphase alle in mehreren Ländern tiefen oder mittleren Einkommens an menschlichen Probanden getestet wurden – unter anderem in Thailand. Public Eye recherchiert schon seit Jahren zu diesem zweifelhaften «Offshoring» klinischer Versuche (siehe Text auf Seite 21). Internationale ethische Richtlinien für klinische Versuche besagen, dass jede erfolgreich abgeschlossene klinische Studie auch einen Nutzen für die Bevölkerung des Gastlandes haben muss (siehe Box rechts).

Das bedeutet zum einen, dass die Medikamente auf dem jeweiligen Markt zugelassen sein müssen. Eine Marktzulassung kann ein Pharmaunternehmen dann beantragen, wenn alle Stufen der klinischen Versuche erfolgreich durchlaufen wurden. Jeder Staat hat eine eigene Zulassungsbehörde, die solche Gesuche überprüft, die Mitgliedsländer der EU haben zudem eine gemeinsa-

me. In Ägypten hat Public Eye im Jahr 2016 gemeinsam mit den ägyptischen Partnerorganisationen EIPR und Shamseya untersucht, wie viele der im Land getesteten Medikamente dort auch zugelassen waren. Von 24 Medikamenten, die alle in den USA und in der EU vermarktet wurden, waren aber nur 15 auch in Ägypten erhältlich. Das entspricht einer Rate von lediglich 62,5 Prozent.

Eine Studie aus Indien fand im gleichen Zeitraum eine Zulassungsrate von 66,5 Prozent. Eine weitere vergleichbare Untersuchung von 2014 kam zum Schluss, dass in Südafrika lediglich etwa 40 Prozent aller erfolgreich im Land getesteten Medikamente auch im Land vermarktet wurden.

## Höhere Zulassungsraten

Das war die Ausgangslage für die Folgestudie von Public Eye, deren Resultate jetzt vorliegen. In fünf verschiedenen Ländern haben wir untersucht, wie systematisch Roche und Novartis die Medikamente in den Ländern zulassen, in denen sie getestet wurden. Ein Team von Medizinexpertinnen und -experten klapperte in Kolumbien, Mexiko, Thailand, der Ukraine und in Südafrika Medikamentenregister ab. Und kam zu einem überraschenden Ergebnis: Die Zulassungsrate hat sich



merklich verbessert. Zwischen 86 und 100 Prozent aller untersuchten Medikamente waren auch in den von uns untersuchten Ländern zugelassen. Alle neun untersuchten Roche-Medikamente hatten eine Marktzulassung. Damit löst der Konzern zumindest in Bezug auf die untersuchten Medikamente in den fünf Ländern sein Versprechen ein, «in allen Ländern», in denen er klinische Studien für ein bestimmtes Arzneimittel oder ein diagnostisches Produkt durchführe, eine Marktzulassung zu beantragen, wie er auf seiner Webseite schreibt. Auch Novartis behauptet auf ihrer Website: «Nach erfolgreichem Abschluss klinischer Programme verpflichten wir uns, unsere neuen Arzneimittel in jedem Land, in dem Patienten an Studien teilgenommen haben, zu registrieren.» Ganz so genau nahm es die Firma jedoch nicht: 2 der 13 untersuchten Medikamente von Novartis waren nicht zur Vermarktung zugelassen, obwohl in den betreffenden Ländern vorher klinische Studien stattgefunden hatten.

Dennoch: Das konsequentere Anfordern einer Marktzulassung ist ein Fortschritt. Aber es ist eben auch nur ein erster Schritt. Denn eine Marktzulassung kostet die Pharmaunternehmen nicht besonders viel Mühe. Vor allem aber bedeutet diese allein noch nicht, dass die Bevölkerung des betreffenden Landes auch tatsächlich von dem Produkt profitieren kann, wie es die ethischen Richtlinien verlangen.

#### **Zulassung ist noch nicht alles**

Selbst wenn ein Medikament zugelassen ist, ist es letztlich dessen Preis, der entscheidet, ob man von Verfügbarkeit sprechen kann oder nicht. Und erst wenn ein Medikament verfügbar ist, können Patientinnen und Patienten davon profitieren. Aus diesem Grund hat Public Eye die Preise der untersuchten Medikamente in allen Ländern abgefragt. Auf den ersten Blick lässt sich feststellen: Die Preise bewegen sich in der gleichen Grössenordnung wie in der Schweiz oder in den USA.

Wenn man sich dann die Mindestlöhne und die Gesundheitsversorgung in den einzelnen Ländern genauer ansieht, erschliessen sich die wahren Verhältnisse. Public Eye hat das für Mexiko und die Ukraine getan. Beide Länder sind wegen ihrer Nähe zu den Wirtschaftsmächten USA und EU in einer besonders schwierigen Lage. Mexiko liegt sozusagen im Hinterhof der USA, die Ukraine in jenem der EU, den beiden Regionen mit den höchsten Arzneimittelpreisen der Welt. Darüber hinaus haben sowohl Mexiko als auch die Ukraine mit ihren einkommensstarken Nachbarn Freihandelsabkommen geschlossen, die ihren politischen Spielraum einschränken, unter anderem im Hinblick auf die Regulierung und Preisgestaltung von Arzneimitteln. In Mexiko gibt es zwar eine staatliche Gesundheitsversicherung, die Arbeitslosen eine minimale

Gesundheitsversorgung garantiert, und eine Vielzahl an Versicherungen für Personen, die sich in einem Arbeitsverhältnis befinden. Doch der Gesundheitsmarkt in Mexiko ist chaotisch organisiert, für Medikamente müssen die Menschen sehr oft selbst aufkommen.

#### **Ein Jahr Behandlung – 14 Jahre Arbeit**

Eine Arbeiterin, die in Mexiko den Mindestlohn verdient, müsste theoretisch 20 bis 50 Jahre lang arbeiten, um eine Krebsbehandlung mit einem der untersuchten Produkte für nur ein Jahr aus der eigenen Tasche bezahlen zu können. Selbst mit dem Preis, der von den mexikanischen Krankenversicherungen ausgehandelt wurde, wären die Kosten noch gigantisch, etwa für die Krebsmedikamente Afinitor (Novartis) und Avastin (Roche): Ein Jahr Behandlung entspräche 14 Jahren Arbeit bei Mindestlohn.

Für Kinder und Erwachsene mit einem sehr schweren Krankheitsverlauf wird Avastin von der Krankenversi-

## **Alle sollen von klinischen Versuchen profitieren dürfen**

Bezüglich der ethischen Durchführung von klinischen Versuchen schreibt der Rat für internationale Organisationen der medizinischen Wissenschaften (CIOMS) sinngemäss: «Sponsoren und Forscher müssen sich bemühen, alle Interventionen oder Produkte der Bevölkerung oder der Gemeinschaft, in der die Forschung durchgeführt wird, so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen.»

Die Weltärztekammer erklärt in der Erklärung von Helsinki, dass Medikamententests mit schutzbedürftigen Gruppen – wie etwa den Einwohnerinnen und Einwohnern von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen – mit Auflagen verbunden sind: «Medizinische Forschung mit einer gefährdeten Gruppe ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Forschung auf die Gesundheitsbedürfnisse eingeht (...). Darüber hinaus sollte diese Gruppe von den Erkenntnissen, Praktiken oder Interventionen profitieren, die sich aus der Forschung ergeben.»

Und in der Allgemeinen Erklärung der UNESCO-Generalversammlung zu Bioethik und Menschenrechten heisst es: «Die Vorteile wissenschaftlicher Forschung und ihrer Anwendungen sollten mit der gesamten Gesellschaft und innerhalb der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit Entwicklungsländern, geteilt werden.»



cherung übernommen. Auch Herceptin (Roche) wird für bestimmte Formen von Brustkrebs vergütet – vorausgesetzt, das Produkt ist am Behandlungsort überhaupt erhältlich. Frühere Studien haben gezeigt, dass das für neue Krebsmedikamente in Mexiko oft nicht der Fall ist.

Auch bei der sehr lückenhaften Krankenversicherung in der Ukraine müssen Patientinnen und Patienten ihre Medikamente oft selbst bezahlen. Auf dem Papier verkündet das ukrainische Gesundheitssystem zwar, dass es uneingeschränkten Zugang zur Versorgung in öffentlichen medizinischen Einrichtungen bietet, aber in Wirklichkeit leiden Ukrainerinnen und Ukrainer seit Jahren unter den horrenden Ausgaben im Krankheitsfall – sie sind dadurch einem Armutrisiko ausgesetzt. Auch die Ukraine hat Systeme für eine unentgeltliche Abgabe mancher Medikamente. Keines der von uns untersuchten Arzneimittel ist jedoch auf der Rückerstattungsliste des ukrainischen Gesundheitsministeriums aufgeführt. Wie in Mexiko müssen die Preise für Krebsmedikamente in der Ukraine als unzulässig hoch bezeichnet werden – obwohl das Land Testpersonen für die Entwicklung derselben stellte. Tarceva von Roche kostet einen ukrainischen Lungenkrebspatienten über 47 000 Dollar pro Jahr, etwa das Zwanzigfache des Bruttonationaleinkommens pro Kopf, das 2017 bei 2390 Dollar lag. Krebsmedikamente sind bekannt für ihre hohen Preise. Als überraschend teuer stellte sich aber auch Ilaris heraus, ein Medikament zur Behandlung von rheumatoider Arthritis. Eine jährliche Behandlung mit Ilaris würde eine Person, die einen Mindestlohn verdient, den grössten Teil ihres Arbeitslebens kosten, nämlich 25 Jahre.

#### Wie in einer Lotterie

Insgesamt zeigt unsere Recherche: Pharmafirmen unternehmen oft nur den kleinstmöglichen Schritt zum

Nutzen der Gemeinschaften, in denen sie zuvor klinische Forschung betrieben haben. Die verschiedenen von uns untersuchten Krebstherapien werden offiziell zu Preisen angeboten, die in der Regel weit über das Bruttonationaleinkommen pro Kopf hinausgehen. Viele der neueren Krebsmedikamente sind nicht in der Grundversicherung enthalten, und wenn sie es sind, müssen die Patientinnen und Patienten das Glück haben, dass sie gerade lieferbar sind. Mit wenigen Ausnahmen gleicht der Zugang zu diesen Medikamenten einer Lotterie.

Weder Novartis noch Roche können also von sich behaupten, ihren ethischen Verpflichtungen hinsichtlich des sogenannten Post-Trial Access (also der Verfügbarkeit von Medikamenten nach einem klinischen Versuch) nachzukommen. Grund ist die unverantwortliche Preispolitik der Konzerne. Patienten und Patientinnen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern sind zwar bevorzugte Testpersonen für die klinischen Versuche der Pharmaunternehmen, doch vom therapeutischen Fortschritt können sie kaum profitieren. Viel zu oft müssen sie auf ältere, weniger wirksame Behandlungen zurückgreifen.

Public Eye fordert deshalb von den Pharmaunternehmen eine massiv verstärkte Sorgfaltspflicht in der Preispolitik. Die jeweilige Einkommens- und Versicherungssituation muss bei der Preissetzung berücksichtigt werden, besonders im Hinblick auf die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft; damit auch diese von den Ergebnissen der Medikamententests profitieren können – und nicht nur die Patientinnen und Patienten in den wohlhabenden Ländern. ■

---

Die Studie unter dem Titel «Post-Trial Access to Swiss Medicines in Five Low- and Middle-Income Countries» ist auf der Website von Public Eye abrufbar.



# Umstrittene Versuche in ärmeren Ländern



Immer mehr klinische Versuche finden in einkommensschwachen Ländern statt. Doch dort nehmen längst nicht alle Probandinnen und Probanden aus freien Stücken daran teil, wie Public Eye schon mehrfach aufgezeigt hat.

Wird ein vielversprechender Wirkstoff entdeckt, synthetisiert und im Labor untersucht, muss seine Wirksamkeit und Sicherheit am Menschen getestet werden. Pharmaunternehmen tun dies in drei Versuchswellen, die als Grundlage für die Zulassung des Arzneimittels dienen. Derzeit nehmen Millionen von Menschen weltweit an einer klinischen Studie teil. Am Stichtag 1. März 2019 sponserte Roche fast 3500 aktive klinische Studien in 83 Ländern, Novartis knapp 2700 in 82 Ländern. Weit über die Hälfte des gesamten Forschungsbudgets eines Pharmaunternehmens wird für klinische Studien aufgewendet.

Zwar werden die meisten Medikamententests nach wie vor in den USA und in Europa durchgeführt. Doch der Anteil an Versuchen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich angestiegen. Die Kosten für die Durchführung klinischer Versuche sind in einkommensschwachen Ländern etwa 40 bis 60 Prozent niedriger als in

den USA. Zu den beliebten Regionen für die Verlagerung klinischer Versuche gehören Asien (z. B. China, Indien, Thailand), Osteuropa (u. a. Russland, Ukraine, Polen) und Lateinamerika (etwa Argentinien, Brasilien, Kolumbien oder Mexiko) genauso wie Afrika (insbesondere Südafrika und Ägypten).

## **Tiefere Kosten, einfache Rekrutierung**

Für die Pharmafirmen hat das «Offshoring» klinischer Versuche verschiedene Vorteile: Sie sparen nicht nur Kosten, sondern finden meist auch ohne grossen Aufwand willige Patientinnen und Patienten. Denn für viele Personen in einkommensschwachen Ländern ist die Teilnahme an einem klinischen Versuch die einzige Möglichkeit, überhaupt an ein Medikament ranzukommen.

Die letzte grosse Länderstudie zu klinischen Versuchen hat Public Eye in Ägypten durchgeführt und 2016 publiziert. Sie zeigte, dass viele Ägypterinnen und Ägypter an einem klinischen

Versuch teilnahmen, weil sie nicht versichert waren oder weil die Versicherung die teuren Medikamente nicht übernahm. Diese Personen unterschrieben die Einverständniserklärung oft, ohne zu wissen, dass es sich um ein Medikament im Versuchsstadium handelt. Damit nutzten die Pharmaunternehmen einen Notstand aus.

## **Ethische Versuche als Bedingung**

Die Resultate aus Ägypten bestätigten, was wir zuvor bereits in Indien, Argentinien, Russland und in der Ukraine herausgefunden hatten. Deshalb fordert Public Eye, dass sich die Pharmafirmen bei der Durchführung klinischer Versuche an international geltende ethische Richtlinien halten. Und von den Zulassungsbehörden in westlichen Ländern fordert Public Eye, dass sie die ethische Durchführung klinischer Versuche zu einem zwingenden Kriterium für die Marktzulassung machen – und diese auch regelmässig kontrollieren. •

# Die Hilflosigkeit der Schweizer Behörden

Die Kampagne für bezahlbare Medikamente von Public Eye hat die erhoffte öffentliche Debatte zu überhöhten Arzneimittelpreisen in Gang gebracht. Während der Pharmaindustrie von allen Seiten vorgeworfen wird, dass sie ihre Machtposition missbraucht, zeigt sich die offizielle Schweiz – zugleich in Geiselhaft wie Komplizin der Industrie – apathisch: Der Bundesrat lehnt unseren Antrag auf eine Zwangslizenz ab, schlägt aber auch keinerlei taugliche Alternativen vor, um die Preisspirale bei patentierten Medikamenten zu bremsen.

PATRICK DURISCH

Letzten Februar zeigte eine Recherche des Westschweizer Fernsehens RTS auf, dass Roche beim Verkauf von Herceptin – einem Brustkrebsmedikament, das bereits seit mehr als zwanzig Jahren auf dem Markt ist – eine Gewinnmarge von spektakulären 85 Prozent erzielt. Nach Ausstrahlung des Beitrags in der Sendung *Mise au Point* informierte der Moderator neben einem eingeblendeten Bild von Bundesrat Alain Berset, dieser habe die Einladung, sich im Studio live zu äussern, abgelehnt. Auch eine offizielle Stellungnahme gab es nicht. Wenige Tage zuvor hatte die Rundschau von SRF enthüllt, welchen Druck Roche auf das Bundesamt für Gesundheit (BAG) ausgeübt hatte, um für Perjeta, ein anderes seiner Brustkrebsmedikamente, einen möglichst hohen Preis zu erzielen – und diesen mit der Zeit sogar noch

zu erhöhen. Das BAG sprach in diesem Zusammenhang von einer «Erfolgsgeschichte» – ein Hohn, wenn man bedenkt, dass die jährliche Behandlung einer Patientin mit Perjeta in Kombination mit Herceptin über 100 000 Franken kostet. Solche Preise gefährden die finanzielle Tragfähigkeit der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Bald wird in der Schweiz einer von vier Franken aus der Grundversicherung für Medikamente ausgegeben werden – 75 Prozent davon (2018 mehr als 5 Milliarden Franken) allein für patentierte Produkte.

## «Missbräuchlich, aber legal»

Die beiden Medienbeiträge und der Antrag auf eine Zwangslizenz für Perjeta, den Public Eye Ende Januar beim Gesundheitsminister einreichte, veranlassten das





Westschweizer Fernsehen dazu, das Thema der Sendung Infrarouge vom 20. Februar zu ändern und eine Diskussion unter dem Titel «Medikamente: Der grosse Überfall?» anzusetzen. Von der Debatte, an der auch Public Eye teilnahm, bleibt neben dem Armdrücken mit der Pharmalobby vor allem ein befremdliches Eingeständnis des BAG haften: Wir wissen, dass die Preise missbräuchlich sind, aber es ist legal.

Dieser Wandel des Narrativs im öffentlichen Diskurs ist in mehrerer Hinsicht interessant. Erstens, weil er die ewige Leier «die Preise sind hoch, weil die Forschung teuer ist» durchbricht und stattdessen die astronomischen Gewinnmargen in den Fokus rückt, welche die Pharmakonzerne auf Kosten der Sozialversicherungen (und damit der Patientinnen und Patienten) erzielen. Und weil er damit zweitens die Behörden in die Verantwortung nimmt, etwas gegen die Explosion der Kosten patentierter Medikamente zu unternehmen. Doch getan wird bislang praktisch nichts. Die vom Bundesrat im vergangenen Herbst vorgelegten Massnahmen zur Kostenkontrolle betreffen nur Generika und unpatentierte Medikamente, welche lediglich für einen Viertel der Gesamtkosten für Medikamente verantwortlich sind, für die unsere Prämien aufkommen müssen.

#### Die Behörden – Geiseln oder Mittäter?

Fast drei Monate, nachdem wir den Antrag auf eine Zwangslizenz für das Medikament Perjeta eingereicht hatten, um aufgrund seines überrissenen Preises dessen Monopolstellung aufzuheben, erhielten wir vom Gesundheitsminister Mitte April eine Antwort. Dass sie negativ ausfiel, überrascht nicht. Schon eher er-

staunlich sind der lakonische Ton, in dem die Zeilen verfasst sind, und das völlige Fehlen jeglicher Bemühungen um einen Dialog. Dabei mangelt es definitiv nicht an dringenden Fragen: Wie gedenken unsere Behörden bei einem offensichtlichen Missbrauch bei der Preissetzung im Sinne des öffentlichen Interesses einzugreifen? Wie sollen die Behörden den Preis für ein Medikament festlegen können, ohne die tatsächlichen Investitionen zu kennen (Stichwort Transparenz)? Auch dazu hüllt sich Bern in Schweigen.

Das BAG kennt diese Kosten für Forschung und Entwicklung (in Fachsprache die R&D-Kosten nach dem englischen «Research & Development») nicht, sie bleiben eines der bestgehüteten Geschäftsgeheimnisse der Industrie. Das BAG vertraut in diesem Aspekt einer Branche blind, die bekannt dafür ist, die Gesetzgebung zu ihrem eigenen Profit auszunutzen. Allein im Jahr 2018 erzielten Novartis und Roche einen Nettogewinn von 12,61 (24 Prozent) bzw. 15,98 (28 Prozent) Milliarden Schweizer Franken. Der Bundesrat wird rasch eine Lösung für diese grossen Herausforderungen finden müssen, welche mittlerweile auch in einem der reichsten Länder der Welt die umfassende Grundversorgung gefährden. Drei neue Vorstösse, die dem Nationalrat im März vorgelegt wurden, werden hinsichtlich der Absichten unserer Regierung hoffentlich für mehr Klarheit sorgen (siehe Kasten). Interessant und neu ist, dass sie von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus dem gesamten politischen Spektrum unterstützt werden. Wir setzen uns weiterhin für den Einsatz von Zwangslizenzen ein, einem angemessenen und effizienten Rechtsinstrument zur Bekämpfung missbräuchlicher Preise. ■

## Drei parlamentarische Vorstösse in der Pipeline

1. In einem Postulat (19.3362) fordert der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth den Bundesrat dazu auf, Massnahmen zur Verhinderung sogenannter «Schaufensterpreise» zu prüfen. Bei dieser Praxis werden künstlich hohe Preise festgesetzt, die dann für internationale Vergleiche als Referenz dienen, und danach in wenig transparenten Prozessen Rabatte für die Krankenversicherungen ausgehandelt. Im Falle von Perjeta konnte Roche den effektiven Preis dank dieser Strategie diskret um über 30 Prozent erhöhen, indem der Konzern die Höhe der Rabatte anpasste. Selbst der Bundesrat räumt ein, dass diese Praxis Transparenzprobleme aufwirft.

2. Die Motion 19.3319 des SP-Nationalrats Angelo Barrile aus Zürich fordert vom Bundesrat die Korrektur einer gesetzlichen Inkohärenz, um die Zulassung von Gene-

rika oder Biogenerika im Falle einer in der Schweiz im öffentlichen Interesse erteilten Zwangslizenz zu erleichtern. Der Vorstoss stützt sich auf eine juristische Beurteilung der renommierten Genfer Arzneimittelrechtsexpertin und Professorin Valérie Junod.

3. In einem Postulat (19.3318) fordert Barrile vom Bundesrat, in einem Bericht darzulegen, welche kostendämpfenden Massnahmen er in Bezug auf patentierte Medikamente anwenden will. Explizit Stellung nehmen soll der Bundesrat auch zu den in den Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) vorgesehenen Flexibilitäten wie Zwangslizenzen.

Wann der Bundesrat sich mit den Vorstössen befassen wird, ist derzeit noch unklar.

# Internationales politisches Momentum

Die WHO scheint endlich aktiv zu werden, die südafrikanische Zivilgesellschaft lehnt sich gegen unbezahlbare Preise auf, eine italienische Resolution fordert mehr Transparenz. Wann bewegt sich auch die Schweiz?

Auf internationaler Ebene scheint die sonst so zurückhaltende Weltgesundheitsorganisation WHO endlich aktiv zu werden, um gegen die steigenden Preise für Krebsmedikamente vorzugehen. In einem jüngst veröffentlichten Referenzbericht hat sie klar aufgezeigt, dass die Preise nicht aufgrund der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung festgelegt werden, sondern danach, was der Markt zu zahlen bereit ist – eine Limite, die von den Pharmakonzernen ständig nach oben verschoben wird, was den Zugang zu Medikamenten weltweit immer schwieriger macht. Des Weiteren hat die WHO im vergangenen April in Südafrika das zweite Fair Pricing Forum organisiert, an dem auf Einladung auch Public Eye teilnahm. Die durch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter präsen- te Pharma-Lobby zeigte sich entschlossen, keinen Millimeter von der aktuellen – von manchen als «erpresserisch» bezeichneten – Preispolitik abzurücken.

## Starke Mobilisierung in Südafrika

Unter dem Motto #MyCancerYourProfits demonstrierte die südafrikanische Zivilgesellschaft vor dem luxuriösen Konferenzgebäude. Organisiert von den Koalitionen «Fix the Patent Laws!» und «Treatment Action Campaign», die sich beide seit langem aktiv für das Recht auf Gesundheit engagieren, kritisierten die rund hundert Demonstrierenden mit grosser Kreativität und Entschlossenheit den mangelnden Zugang zu überpreuerten Krebsbehandlungen. In Südafrika ist dieses Problem umso akuter, weil die Patientinnen und Patienten die Behandlungen oft aus eigener Tasche bezah-

len müssen. Die Aktion endete mit einem Memo an hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der südafrikanischen Regierung und der WHO, in dem Massnahmen gegen missbräuchliche Patentmonopole gefordert wurden. Bei einer Diskussionsrunde, die Public Eye und internationale Partner im Rahmen des Forums organisierten, berichtete ein südafrikanischer Patient mit Blut- und Knochenkrebs über die hohen finanziellen Hürden beim Zugang zu Revlimid, einer patentierten Therapie, deren jährliche Kosten sich auf über 60 000 US-Dollar belaufen, während ein Generikum für einen 30-mal tieferen Preis erhältlich wäre.

## Rege Debatten bei der WHO

Wenn das Recht auf Gesundheit gewährleistet werden soll, muss sich das derzeitige Innovationssystem, das auf Patenten und hohen Behandlungspreisen basiert, ändern. Anlass zur Hoffnung gibt eine italienische Resolution, die im Mai an der Weltgesundheitsversammlung in Genf intensiv diskutiert wurde: Sie fordert Transparenz in Bezug auf R & D-Kosten, klinische Studien und die tatsächlichen Arzneimittelpreise in den einzelnen Ländern. Während mehrere EU-Länder die Resolution unterstützen, hat sich die Schweiz nur für Preistransparenz ausgesprochen und jene in Bezug auf die R & D-Kosten blockiert. Eine schwer begreifliche Position, mit der es nicht möglich sein wird, das Problem der überpreuerten Medikamente an der Wurzel zu packen. Wann werden unsere Behörden endlich den politischen Mut aufbringen, die notwendigen Massnahmen zu treffen? •





# Rückschritte bei Gebäudesicherheit und Gewerkschaftsrechten in Bangladesch

Die Regierung von Bangladesch hat auf die jüngsten Massenproteste von Arbeiterinnen und Arbeitern mit exzessiver Gewalt reagiert. Gleichzeitig wird das Büro des Gebäudesicherheitsabkommens seiner Arbeit nur noch neun Monate nachgehen können.

ELISABETH SCHENK

Im September 2018 wurde in Bangladesch ein neuer Mindestlohn angekündigt: Er sollte auf neu 94 Franken erhöht werden. Doch auch dieser Betrag reicht bei Weitem nicht aus, um davon leben zu können. Die Gewerkschaften hatten mindestens 188 Franken gefordert. Im Dezember traten deshalb Arbeiterinnen und Arbeiter in einen Streik. Die Regierung Bangladeschs reagierte auf die Proteste mit Gewalt: Die Polizei setzte Tränengas, Gummigeschosse und Wasserwerfer ein. Über fünfzig Menschen wurden verletzt, ein Arbeiter wurde getötet. Die Nichtregierungsorganisation Workers Rights Consortium bezeichnete diese Welle der Repression als «die umfangreichste, die die Organisation in den zwei Jahrzehnten ihrer Arbeit in Bangladesch beobachtet hat». Es kam zu 65 Anklagen gegen Arbeitnehmende, über 11 000 Beschäftigte wurden entlassen und Tausende von ihnen kamen auf eine schwarze Liste, was es ihnen unmöglich macht, eine neue Anstellung zu finden.

Public Eye verurteilt die unentschuldbare Gewalt und fordert die unmittelbare Freilassung der verhafteten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die in Bangladesch

kurz nur «Accord» genannt, zu stoppen. Zwar wurde der Accord im Juni 2018 um weitere drei Jahre bis 2021 verlängert, um der Regierung von Bangladesch mehr Zeit zum Aufbau eigener Institutionen für die Durchführung von Fabrikinspektionen zu geben. Doch seither sorgen Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof von Bangladesch für Unsicherheit über die Zukunft des Accords. Die Regierung möchte dem Accord-Büro in Dhaka die Befugnis für Sicherheitsprüfungen in Kleiderfabriken entziehen und diese künftig selbst überprüfen – trotz fehlender Ressourcen und Infrastruktur. Verschiedene technische Experten, die Internationale Arbeitsorganisation ILO, aber auch Modemarken wie H & M und Esprit halten die staatlichen Behörden für noch nicht bereit, um die Arbeiten des Accords zu übernehmen – unter anderem, da sie nicht über genügend Inspektorinnen und Inspektoren verfügen. Auch das Europäische Parlament hat «ernsthafte Besorgnis» geäußert, da rund 1450 jener Fabriken, die derzeit vom Accord kontrolliert werden, noch dringende Sicherheitsverbesserungen benötigen. Zuletzt zeigte eine Reihe von Bränden in Fabriken Bangladeschs im Februar und März, wie unzureichend die bisherigen Massnahmen der Regierung sind.

---

**Die entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen umgehend wiedereingestellt und von der Schwarzen Liste gestrichen werden.**

---

produzierenden Markenfirmen müssen ihrer Verantwortung für den Respekt der Arbeits- und Menschenrechte in ihren Produktionsstätten nachkommen – auch ganz konkret, indem sie dafür sorgen, dass die entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter umgehend wiedereingestellt und von der schwarzen Liste gestrichen werden.

## Gefährdete Gebäudesicherheit

Ein weiteres Beispiel dafür, dass in Bangladesch wirtschaftliche Interessen zu oft über die Sicherheit der Arbeiterinnen und Arbeiter gestellt werden, ist der Versuch, das insgesamt wirkungsvolle Gebäudesicherheitsabkommen,

## Behörden müssen gestärkt werden

Am 19. Mai 2019 ist es nun nach neun Verhandlungsrunden endlich zu einer Einigung gekommen: Das Accord-Büro kann weitere 281 Tage vollumfänglich seiner Arbeit nachgehen. Anschliessend soll eine neu gegründete nationale Behörde mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Textilindustrie, den Modemarken sowie internationalen und lokalen Gewerkschaften die Aufgaben des Accord-Büros übernehmen. Solange das Gebäudesicherheitsabkommen – eine verbindliche Vereinbarung zwischen internationalen Gewerkschaften und Markenfirmen – in Kraft bleibt, ist jede Firma, die diesem beigetreten ist, weiterhin daran gebunden – einschliesslich der Verpflichtung, den Geschäftsbetrieb mit allen Fabriken einzustellen, die sich weigern, für sichere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Gleichzeitig müssen die zuständigen nationalen Regulierungsbehörden von Bangladesch weiter ausgebaut werden, damit diese die Arbeit des Accords tatsächlich übernehmen und die Sicherheit der Bekleidungsfabriken in Bangladesch gewährleisten können. ■

# Dirty Diesel: Benin senkt Schwefelgehalt, Holland kritisiert Schweizer Ölfirmen

Unsere 2016 veröffentlichte Recherche zu «Dirty Diesel» schlägt weiter Wellen. In Benin wird der maximale Schwefelgehalt im Diesel von 15 000 auf 50 Millionstel gesenkt. In den Niederlanden kommt derweil ein Bericht zum Schluss, dass das Verhalten unter anderem der Schweizer Rohstoffhändler in Widerspruch zu den OECD-Richtlinien für multinationale Konzerne steht.

Die elf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Benins können bald aufatmen: Ab dem 1. Juli gehört das westafrikanische Land zu den Vorreitern in Sachen saubere Treibstoffe. Dann gilt in Benin eine neue Schwefel-Höchstgrenze von 50 ppm (parts per million; Millionstel) für Diesel. Im Vergleich zum bisher gültigen Grenzwert, einem der weltweit höchsten, entspricht dies einer Senkung um den Faktor 300! Der Erfolg unserer Partnerorganisation «Unité de protection de l'Environnement» auf der Basis unserer Recherche wurde möglich, obwohl die Treibstofffirmen, darunter auch Schweizer Unternehmen, massiv gegen diese kleine umweltpolitische Revolution lobbyiert hatten.

Fast zeitgleich zu dieser Entscheidung wurde ein im Auftrag des niederländischen Handels- und Entwicklungsministeriums verfasster Bericht veröffentlicht, in dem die Umsetzung der OECD-Richtlinien für multinationale Konzerne durch niederländische Öl- und Gasfirmen analysiert

wird. Gegenstand der Untersuchung sind auch ausländische Konzerne mit einer Präsenz in den Niederlanden, wie etwa die Schweizer Rohstoffhändler Gunvor, Trafigura und Vitol. In Bezug auf unsere Dirty-Diesel-Recherche hält der Bericht fest, dass die Konzerne ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, die durch ihren Treibstoff verursachten Gesundheitsfolgen zu vermeiden oder abzumildern.

In der Schweiz dagegen bewegt sich weiterhin nichts. Auf eine parlamentarische Anfrage zu Dirty Diesel hatte der Bundesrat 2016 geantwortet, dass er von den Firmen «erwarte», dass sie die OECD-Richtlinien einhalten. Ob die Rohstoffhändler dieser Erwartung auch gerecht werden, wurde hierzulande aber nie überprüft. Dank den Niederlanden wissen wir jetzt, dass dies nicht der Fall ist. Doch statt die Firmen in die Pflicht zu nehmen, wartet der Bundesrat lieber ab, bis Länder wie Benin selber vorwärts machen. ■

## Gegendarstellung

von Arvind Tiku und Xena Investments Sàrl zum Artikel **Vitol – die Erdölkönigin Kasachstans**, *PUBLIC EYE Magazin Nr. 14, November 2018*.

1. Es trifft nicht zu, dass der Schwiegersohn des kasachischen Präsidenten der indirekte Nutzniesser der profitablen Geschäfte von Vitol Central Asia bzw. Ingma ist. Tatsächlich ist Herr Kulibajew weder direkt noch indirekt über eine seiner Gesellschaften an Vitol Central Asia oder der Ingma Holding BV beteiligt und profitiert von diesen Unternehmen auch nicht in irgendeiner anderen Art und Weise.
2. Es trifft nicht zu, dass Arvind Tiku ein Strohhalm von Timur Kulibajew ist. Tatsächlich ist Herr Tiku ein selbständiger Geschäftsmann, der bereits im Ölhandel Kasachstans aktiv war, lange bevor er Herrn Kulibajew kennenlernte, und er hat nie irgendwelche Geschäftsaktivitäten als Strohhalm oder Stellvertreter für Herrn Kulibajew ausgeübt.
3. Es trifft nicht zu, dass Herr Tiku sein Geld mit jenem Herrn Kulibajew in einem Trust bei der Credit Suisse zusammenlegt. Richtig ist, dass einzig Herr Tiku – über seine Unternehmen Oilex N. V. und Energy Investments International Ltd. – in den angesprochenen «Trust» (Handoxx Investment Ltd.) investiert hat, dagegen haben weder Herr Kulibajew noch eines seiner Unternehmen in den Handoxx Fund investiert.
4. Es trifft nicht zu, dass das durch den Handoxx Fund 2007 an Merix International Ventures gewährte Darlehen zinslos gewesen ist. Tatsächlich wurde das gewährte Darlehen über 283 Mio. USD zu 6.5% p.a. verzinst und enthielt weitere geschäftsübliche Darlehensbestimmungen.

*Public Eye hält an ihrer Darstellung fest.*



# Pestizidcocktail im Wasser – Empörungswelle in Brasilien

Im April hat Public Eye aufgezeigt, dass die brasilianische Bevölkerung in ihrem Trinkwasser einem Cocktail aus giftigen Pestiziden ausgesetzt ist. Die Reaktionen in Brasilien waren heftig. Syngenta behauptet derweil einmal mehr, ihre Produkte seien gesundheitlich unbedenklich – und beschuldigt uns, aus politischen Motiven die Öffentlichkeit verunsichern zu wollen. Ob die jüngsten Urteile in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit Glyphosat der Firma Anlass zum Nachdenken geben?

GÉRALDINE VIRET

«Es ist wirklich verrückt, wir werden bombardiert mit Fragen»: Das waren die Worte von Ana Aranha, Journalistin bei Repórter Brasil, am 15. April. Eben hatte ihre Organisation gemeinsam mit uns eine interaktive Karte veröffentlicht, die es Brasilianerinnen und Brasilianern erstmals möglich machte, nachzuschauen, welche Pestizidrückstände im Wasser ihrer Gemeinde nachgewiesen wurden.

Die Analyse dieser Daten, die wir uns über das brasilianische Gesundheitsministerium sichern konnten, ist Teil einer umfassenden Recherche zum Geschäft mit «hochgefährlichen Pestiziden» und zur Rolle, die der Basler Konzern Syngenta darin spielt. Die Ergebnisse sind äusserst beunruhigend: In mehr als achtzig Prozent der zwischen 2014 und 2017 in Brasilien durchgeführten Trinkwassertests wurden Pestizidrückstände nachgewiesen, und dies oft in Konzentrationen, die weit über den in der Schweiz und der Europäischen Union zugelassenen Grenzwerten liegen. Regelmässig wurde gar ein Cocktail aus all den 27 Pestiziden gefunden, auf die das Trinkwasser getestet wird. 21 davon stehen auf der Liste der hochgefährlichen Pestizide des internationalen Pesticide Action Network (PAN).

## «Die Resonanz ist enorm»

Unsere Ergebnisse, die exklusiv auf der sehr populären Nachrichtenseite UOL veröffentlicht wurden, verbreiteten sich in Windeseile: «271 Städte in Bahia haben pestizidverseuchtes Wasser» (Correio da Bahia); «Studie zeigt <Pestizid-Cocktail> im Wasser der Städte in Mato Grosso do Sul» (Capital News); «Gefahr am Wasserhahn»

(IstoÉ Dinheiro): Innert einer Woche berichteten über 130 Zeitungen, Radio- oder Fernsehstationen über die Pestizidrückstände im Trinkwasser. «Die Resonanz ist wirklich enorm», meinte Ana zwischen zwei von zahlreichen Interviews, die sie für die nationale und insbesondere die lokale Presse gab. Besonders heftig waren die Reaktionen dort, wo die Ergebnisse am meisten Anlass zur Sorge geben – in den Staaten São Paulo und Paraná etwa.

## Besorgte Fachpersonen

Als Reaktion auf unsere Recherchen meldeten sich zahlreiche brasilianische Expertinnen und Experten kritisch zu Wort. Die Toxikologin und Arbeitsmedizinerin Virgina Dapper etwa sagte: «Die Situation ist sehr beunruhigend und birgt ganz sicher Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung.» Verschiedene Fachpersonen kritisierten den zu laxen rechtlichen Rahmen. Das Gesetz sei seit mehr als zehn Jahren nicht mehr überarbeitet worden, sagte etwa Cassiana Montagner, Chemikerin und Forscherin an der etwa hundert Kilometer von São Paulo entfernten Universität Campinas. «Das ist, wie wenn man noch alte kleine Fernseher in Schwarz-Weiss nutzen würden, obwohl man Zugang zu High Definition hätte.»

Denn anders als in der Schweiz und der Europäischen Union, wo die Summe aller im Trinkwasser nachgewiesenen Pestizide unter 0,5 Mikrogramm pro Liter liegen muss, hat Brasilien individuelle, meist sehr hohe Grenzwerte für jeden Stoff festgelegt – und ignoriert damit die Gefahren des Cocktaileffekts. «Wenn man den akzeptierten Schwellenwert für jeden der 27 getesteten Stoffe zusam-





menzählt, kommt man auf insgesamt 1353 Mikrogramm pro Liter. Das ist das 2706-Fache des in Europa zulässigen Gesamtgrenzwerts», rechnete Leonardo Melgarejo von der «Campanha Permanente contra os Agrotóxicos e pela Vida», einer nationalen Bewegung, die sich gegen die negativen Folgen von Pestiziden einsetzt, vor. Gemäss der Toxikologin Virginia Dapper werden «Personen, die aufgrund dieser Mehrfachkontamination heute Gesundheitsprobleme entwickeln, wahrscheinlich nie die genaue Ursache ihrer Erkrankung kennen».

### Eingeständnis der Ohnmacht?

Von Repórter Brasil mit den Ergebnissen der Tests konfrontiert, räumte das brasilianische Gesundheitsministerium ein, dass «die Pestizidbelastung ein gravierendes Problem für die öffentliche Gesundheit» darstelle, und zählte eine ganze Liste potenzieller chronischer Gesundheitsschädigungen auf; unter anderem Auswirkungen auf Magen, Darm, Atmungsorgane und den Hormonhaushalt, Fortpflanzungsstörungen, neurologische Probleme oder die Bildung von Tumoren. Die offizielle Stellungnahme empfiehlt zwar die Umsetzung von etwa einem Dutzend Massnahmen, die Verantwortung der Pestizidhersteller wird im Dokument dagegen an keiner Stelle erwähnt. Das Gesundheitsministerium, das die derzeitige Pestizidgesetzgebung verteidigt, wirkt machtlos gegenüber des ständig wachsenden Drucks der Agrarlobby, der darauf zielt, die Gesetze zu lockern und die Befugnisse des Ministeriums einzuschränken.

### Heftige Reaktionen

Trotz dieses schwierigen politischen Kontextes hat der «Wirbelsturm» an Reaktionen, wie es Ana ausdrückte, eine breite Debatte ausgelöst über die Notwendigkeit, die Bevölkerung besser zu schützen. Die brasilianische

Bundesanwaltschaft und die Arbeiterpartei haben angekündigt, öffentliche Anhörungen durchführen zu wollen, um über die Verschmutzung von Trinkwasser in den am stärksten betroffenen Staaten zu diskutieren. Das Problem wird gemäss Medienberichten auch in mehreren Städten diskutiert. Ein Anwalt in der Stadt São Carlos im Bundesstaat São Paulo hat eine zivilrechtliche Untersuchung eingeleitet, um mehr Informationen über die in seiner Gemeinde entdeckten Pestizide zu erhalten und die lokalen Behörden zur Verantwortung zu ziehen.

Die Trinkwasserversorger, die sich plötzlich mit Fragen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern konfrontiert sahen, beriefen sich darauf, dass die gesetzlich festgelegten Höchstwerte eingehalten würden. Einige reagierten heftig und stellten unsere «Interpretation der Daten» infrage. Diese teils privaten Unternehmen wären eigentlich gesetzlich verpflichtet, alle sechs Monate Tests durchzuführen und die Daten dem Gesundheitsministerium zu melden. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass nur ein Bruchteil der Tests auch tatsächlich durchgeführt wird. Im Süden des Staates Minas Gerais hat das örtliche Wasserwerk als Reaktion auf unsere Recherche versprochen, das Wasser künftig alle drei Monate testen zu lassen und die Ergebnisse zu veröffentlichen, damit die Bevölkerung informiert ist. Eine Bemühung, an der sich die Agrochemie-Unternehmen, die an deren Ursprung stehen, ein Beispiel nehmen sollten.

### Schwache Verteidigung

Sindiveg, der nationale Dachverband der Pestizidindustrie, dem auch Syngenta angehört, schob die Schuld auf Anfragen der Presse ziemlich dreist den Anwenderinnen und Anwendern in die Schuhe. Die im Land zugelassenen Pestizide seien gefahrlos, behauptete er, «solange sie in Übereinstimmung mit den technischen Anweisungen verwendet werden, (...)





wie sie auf der Verpackung angegeben sind». Das sei – so der Verband – leider allzu oft nicht der Fall. Man werde Massnahmen ergreifen, um diese Situation zu verbessern.

Syngenta argumentierte entlang derselben Linie und betonte, dass sie «Landwirte und Gemeinschaften über die bestmögliche, sichere und effektive Verwendung» ihrer Produkte berieten, um «die Sicherheit der menschlichen Gesundheit, der Umwelt und der Wasserquellen» zu garantieren. Unsere Analyse der Daten zeigt jedoch, dass sich sieben Pestizide, die in Brasilien vom Basler Multi verkauft werden, regelmässig in erheblichen Konzentrationen im Trinkwasser finden – darunter die Substanzen Atrazin, Glyphosat und Diuron, die alle schwerwiegende chronische Gesundheitsschäden verursachen können. Syngenta hält diese Wirkstoffe jedoch nicht für «hochgefährlich». Der Konzern stellt sich zudem auf den Standpunkt, dass die in der EU und der Schweiz geltenden Grenzwerte «weder auf der Grundlage von Gesundheitsrisiken festgelegt werden noch wissenschaftlich begründet» seien.

### Tatsächlich «ungerechtfertigte Ängste»?

Syngenta zeigte sich grundsätzlich gar nicht erfreut über die Veröffentlichung unseres Berichts «Highly Hazardous Profits», der gemäss des Konzerns zum Ziel hat, (1) «die Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz voranzutreiben»; (2) «Technologische Lösungen in der Landwirtschaft zu untergraben, ohne die Lebensmittel weniger verfügbar, teurer und weniger sicher wären»; (3) «durch unbegründete und übertriebene Aussagen ungerechtfertigte Ängste zu schüren». Unsere Schätzung des Umsatzes, den Syngenta mit dem Verkauf von Pestiziden erzielt, welche PAN als «hochgefährlich» einstuft – rund 3,9 Milliarden US-Dollar allein 2017 – kommentierte der Konzern nicht. In seinem Statement stellte

er stattdessen die Legitimität dieser «Schwarzen Liste» in Frage und strich die Vorteile seiner Produkte hervor, von der selbstredend «Landwirte, die Konsumenten und die Natur» gleichermassen profitierten.

Ein aktuelles Ereignis könnte den Basler Multi allenfalls dazu veranlassen, an der Sicherheit seiner «stark regulierten Produkte» zu zweifeln. Zum Wohle seiner Finanzen zumindest. Ein kalifornisches Gericht hat im Mai dieses Jahres angeordnet, dass die Firma Bayer, die unglückliche neue Besitzerin von Monsanto, einem Paar, das jahrelang das Pestizid Roundup in seinem Garten verwendet hatte und dadurch an Krebs erkrankte, die Summe von 2 Milliarden Dollar Schadenersatz zahlen muss. Dies ist das dritte aufeinanderfolgende Urteil, welches dieses Herbizid mit dem Wirkstoff Glyphosat für Krebserkrankungen verantwortlich macht. Und die Zahl der Klagen nimmt fortlaufend zu: Allein in den USA sind es mittlerweile 13 400. Wird das reichen, um Bayer davon zu überzeugen, diese Substanz vom Markt zu nehmen? Und was wird Syngenta tun? Denn mit einem weltweiten Glyphosatumsatz von schätzungsweise 530 Millionen Dollar im Jahr 2017 ist es alles andere als abwegig, dass sich auch der Basler Konzern bald vor einem Gericht verantworten muss. Zum Beispiel in Brasilien, wo die Firma beim Verkauf von Glyphosat einen Marktanteil von etwa dreissig Prozent hat. Aber vielleicht ist das auch alles nur Propaganda und Angstmacherei! Bis zum Beweis des Gegenteils bleibt Glyphosat für Syngenta ungefährlich – und lukrativ.

Fordern auch Sie den Basler Konzern dazu auf, seine hochgefährlichen Pestizide vom Markt zu nehmen! Unterzeichnen Sie unsere Petition auf [www.stopp-pestizide.ch](http://www.stopp-pestizide.ch). Merci!



# Hochgefährliche Pestizide: UN-Sonderberichterstatter fordert rechtlich bindende Massnahmen

Hoher Besuch an unserer Generalversammlung vom 18. Mai in Freiburg: Baskut Tuncak, UN-Sonderberichterstatter für giftige Substanzen, berichtete von der Schwierigkeit, die Verwendung von Pestiziden gesetzlich zu reglementieren, erzählte von seinen ernüchternden Erfahrungen mit Syngenta und strich die Verantwortung von Staaten hervor, Menschenrechtsverletzungen auch ausserhalb ihrer Grenzen zu verhindern.

TIMO KOLLBRUNNER

Bald vierzehn Jahre ist es her, dass sich Joseph Deiss mit markigen Worten gegen die «Volksinitiative für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» wandte. Dieses sogenannte Gentech-Moratorium wäre «Gift für die Schweizer Wirtschaft», sagte der damalige Volkswirtschaftsdirektor, und pries gegenüber der NZZ die «Vorteile der Gentechnologie» an, dank denen «allenfalls viel weniger Pestizide» eingesetzt werden müssten, «was nicht nur weniger kostet, sondern auch gut für die Umwelt ist».

Zwei Wochen, nachdem das Gespräch mit dem Bundesrat der CVP in der NZZ erschien, wurde in Freiburg das neue Universitätsgebäude auf der Pérolles-Ebene eingeweiht. Der grösste Hörsaal erhielt den Namen «Auditorium Joseph Deiss». Diesen Saal haben wir uns ausgesucht, um am 18. Mai unsere diesjährige Generalversammlung abzuhalten. Der thematische Schwerpunkt: das globale Geschäft mit «hochgefährlichen Pestiziden», das Public Eye in den letzten Monaten eingehend analysiert hat. Ein Markt, der immer grösser wird; insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern und ganz massgeblich aufgrund der stetig wachsenden Monokulturen aus meist genveränderten Pflanzen. Denn einerseits entwickeln Insekten zuverlässig Resistenzen gegen die giftigen Proteine in den Pflanzen, und andererseits wird das Unkraut immer unempfindlicher gegenüber Pestiziden. Das hat dann nicht wie von Herrn Deiss erhofft zur Folge, dass «viel weniger Pestizide» eingesetzt werden; sondern das Gegenteil.

## «Menschenrechte sind untrennbar»

Für die Diskussion unserer Rechercheergebnisse und des politischen Handlungsbedarfs beehrte uns ein hochrangiger Gast: Baskut Tuncak, seines Zeichens «Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Auswirkungen der umweltverträglichen Handhabung und Entsorgung von gefährlichen Substanzen und Giftmüll auf die Menschenrechte» oder, etwas kürzer, «UN-Sonderberichterstatter für giftige Substanzen». Vor rund

zweihundert Mitgliedern und Zugewandten von Public Eye räumte Baskut Tuncak gleich mit einigen von der Industrie gerne vorgebrachten Mythen auf. Die Aussage, dass Pestizide nötig seien, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, sei «nicht belegt». Das Problem sei nicht die Menge an produzierten Lebensmitteln, sondern deren Verteilung. Und sowieso seien die Menschenrechte voneinander untrennbar: Das Recht auf Nahrung dürfe nicht auf Kosten des Rechts auf Leben oder auf Gesundheit gehen.

Auch Beteuerungen wie jene, die Syngenta Public Eye gegenüber als Reaktion auf unsere jüngste Recherche machte – «Pestizide gehören zu den am stärksten regulierten Produkten weltweit»; «wir respektieren alle Gesetze und Sicherheitsstandards der Länder, in denen unsere Produkte zum Verkauf zugelassen sind» – beeindruckten den UN-Sonderberichterstatter wenig. Die Regulierungen variierten sehr stark von Land zu Land, sagte er, und gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern habe die Industrie einen enormen Einfluss auf deren Ausgestaltung, sagte Tuncak. Zudem sei es problematisch, dass sich die Diskussion stets um die Frage drehe, welche Menge an Rückständen eines Pestizids gesundheitlich akzeptabel sei. Einerseits, weil die Substanzen meist nur einzeln evaluiert würden, ohne dass der sogenannte «Cocktail-Effekt» berücksichtigt werde – die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen giftigen Substanzen, die sich gleichzeitig in Lebensmitteln oder im Wasser finden. Und auch, weil dabei vergessen gehe, dass es grundsätzliche eine Menschenrechtsverletzung darstelle, jemandem nicht die Wahlfreiheit zu lassen, ob er sich Giftstoffen aussetzen wolle – unabhängig davon, was eine Regierung als Grenzwert festlege.

## «Wirklich geringe» Bemühungen

Pestizidhersteller und die Chemieindustrie insgesamt müssten unbedingt mehr tun, um die schädlichen Aus-



wirkungen ihrer Produkte auf Menschen und Umwelt zu minimieren, forderte der Sonderberichterstatter. Er habe seit seiner Berufung auf den Posten vor sechs Jahren gerade mal eine einzige Firma im Chemiesektor kennengelernt, die tatsächlich eine ernstzunehmende Prüfung der von ihren Tätigkeiten ausgehenden Menschenrechtsrisiken vornehme, erzählt er. «Und nein, es war nicht Syngenta.» Er habe sich einige Male mit Verantwortlichen des Basler Konzerns getroffen, insbesondere, um die Frage des Exports von in Europa verbotenen Pestiziden zu diskutieren. Die Gespräche seien «ziemlich unbefriedigend» gewesen, die Bemühungen Syngentas seien «wirklich gering».

Das könnte man auch von jenen des Schweizer Bundesrats sagen. Dieser folgt in seiner Antwort auf einen Vorstoss der Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne) ganz der Deiss'schen «Gift für die Schweizer Wirtschaft»-Argumentationslinie. Er erachtet ein generelles Ausfuhrverbot für in der Schweiz nicht zugelassene Pestizide als «nicht verhältnismässig, soweit der Schutz der Gesundheit von Menschen und der Umwelt mit anderen Massnahmen erreicht werden kann, welche die Wirtschaftsfreiheit weniger stark beschränken». Er würde ja gerne wissen, welche anderen Massnahmen die Schweizer Regierung da im Sinn habe, sagte Baskut Tuncak.

#### Staaten in der Verantwortung

Grundsätzlich gehe es darum, «die Lücke zu schliessen zwischen dem, was richtig ist, und dem, was gesetzlich erlaubt ist». Vor zwei Jahren hat Tuncak gemeinsam mit der Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, Hilal Elver, ein verbindliches internationales Abkommen zur Regulierung des Einsatzes von hoch-

gefährlichen Pestiziden gefordert, um die von Land zu Land unterschiedlichen Standards abzulösen. «Wir stehen zu dieser Forderung», sagte er, und fügte dann halb lakonisch, halb ernüchtert an, dass diese halt leider bislang von kaum einem Land unterstützt werde.

In Abwesenheit einer funktionierenden internationalen Lösung stünden in erster Linie die Nationalstaaten in der Pflicht, Menschenrechtsverletzungen durch bei ihnen ansässige Konzerne zu verhindern – und zwar auch ausserhalb der Landesgrenzen. Zu oft kämen die Staaten dieser Verpflichtung nicht nach. Auf die in der Schweiz wohl bevorstehende Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative angesprochen, sagte der Sonderberichterstatter, es sei offensichtlich, dass der bisherige, auf freiwillige Massnahmen zur Respektierung der Menschenrechte setzende Ansatz «nicht sehr erfolgreich» gewesen sei. Er sehe keine Alternativen zu rechtlich bindenden Regeln, um alle Konzerne dazu zu bringen, ihre Sorgfaltspflichten tatsächlich wahrzunehmen.

#### Zuversichtlich an die Urne

Das Gentech-Moratorium wurde übrigens einen Monat nach der Einweihung des Universitätsgebäudes im Pérolles deutlich angenommen. Falls es auch bei der Konzernverantwortungsinitiative zur Abstimmung kommt, sind wir zuversichtlich, dass eine Mehrheit ihrer Überzeugung Ausdruck verleihen wird, dass es keineswegs «Gift für die Wirtschaft» wäre, wenn globale Konzerne gesetzlich verpflichtet würden, Menschenrechte und Umwelt zu respektieren. Sondern dass es höchste Zeit ist, giftige Geschäfte wie jenes von Syngenta mit hochgefährlichen Pestiziden zu unterbinden. ■



«Freiwillige Massnahmen reichen nicht aus»: UN-Sonderberichterstatter Baskut Tuncak an der Generalversammlung von Public Eye.

# Schluss mit hochgefährlichen Pestiziden, Syngenta!

Syngenta verkauft jährlich hochgefährliche Pestizide für fast 4 Milliarden Franken – mehr als jedes andere Unternehmen. Der Konzern nutzt in Entwicklungs- und Schwellenländern Regulierungslücken aus und verkauft dort Pestizide, die in der Schweiz wegen ihrer Gefährlichkeit für Mensch und Umwelt verboten sind.

Wir fordern: Keine Profite auf Kosten der Gesundheit von Millionen von Menschen. Syngenta muss die Produktion und den Verkauf hochgefährlicher Pestizide einstellen.

**Unterschreiben Sie unsere  
Petition an Syngenta!**



**«Die Achtung unserer Rechte ist eng mit einer pestizidfreien Landwirtschaft verbunden.»**

**Fátima Batista Barros**  
Aktivistin der Quilombola-Bewegung Brasilien

**Danke, wenn Sie die Antwortkarte ausfüllen oder direkt online unterschreiben:**  
[www.stopp-pestizide.ch](http://www.stopp-pestizide.ch)

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich  
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, [kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch), Postkonto 80-8885-4

[www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)

[@publiceye\\_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [www.facebook.com/publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye\\_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns

**Public Eye**